

Liechtenstein-Institut
Forschung und Lehre

Wilfried Marxer

**Demokratie?
Erscheinungsformen einer Idee**

Schriftliche Fassung des Vortrages am
Liechtenstein-Institut vom 19. Oktober 2004 in der
Vorlesungsreihe „Herausforderung Demokratie“

Beiträge Nr. 23/2004
ISBN 3-9522986-1-1

Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 23/2004

Die Verantwortung für die „Beiträge Liechtenstein-Institut“
liegt bei den jeweiligen Autoren.

Kontakt: Dr. Wilfried Marxer (wm@liechtenstein-institut.li)

Wilfried Marxer

Demokratie?
Erscheinungsformen einer Idee

Schriftliche Fassung des Vortrages am
Liechtenstein-Institut vom 19. Oktober 2004 in der
Vorlesungsreihe „Herausforderung Demokratie“

Beiträge Nr. 23/2004
ISBN 3-9522986-1-1

Fachbereich Politikwissenschaft

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Barendorn
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22
<http://www.liechtenstein-institut.li> - admin@liechtenstein-institut.li

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Methodisches Vorgehen und Eingrenzung	2
3	Demokratietheorien	2
1.1	Ideengeschichtlicher Abriss	3
1.2	Klassifizierung von Demokratietheorien	5
1.3	Typologisierung von Demokratietheorien: Schulen und Denkrichtungen	6
1.4	Distanz und Nähe der Demokratietheorien	12
1.5	Verknüpfung der Klassifikation mit der Typologisierung	13
2	Demokratiestandards und Demokratiemessung	14
2.1	Demokratiestandards	15
2.2	Messung von Demokratie	18
2.3	Empirische Befunde der Demokratiemessung	22
4	Demokratietypen und Affinität zu Demokratietheorien	27
2.4	Demokratietypen	27
2.5	Affinität zwischen Demokratietypen und Demokratietheorien	30
5	Schluss	32
6	Literatur	33

1 Einleitung

Am 16. März 2003 hat das liechtensteinische Stimmvolk mit grosser Mehrheit Verfassungsänderungen zugestimmt, die von der einen Seite als dramatischer Abbau von Demokratie kritisiert, von der anderen - der siegreichen - Seite aber als weiterer Ausbau der Volksrechte und Eingrenzung der monarchischen Kompetenzen charakterisiert wurden.¹ Rhetorisch gemeinsam ist beiden Positionen, dass sie die Förderung der Demokratie für sich beanspruchen und dabei der Begriff „Demokratie“ offenbar positiv assoziiert ist. Im Rahmen dieses Beitrages soll nicht die Frage erörtert werden, welche der beiden Einschätzungen richtig oder falsch ist. Es genügt an dieser Stelle festzuhalten, dass die Demokratie in Liechtenstein grundstätzlich gewünscht wird und dass Macht – egal ob mit demokratischen oder monarchischen Kompetenzen ausgestattet – grundsätzlich legitimiert sein muss. Darüber herrscht wohl weitgehend Einigkeit. In der Form wie dies realisiert werden soll gehen die Meinungen allerdings auseinander. Dieses Faktum widerspiegelt den weithin anerkannten Status der Demokratie als Leitform staatlicher Herrschaftsorganisation. Dass dies nicht zwingend so sein muss zeigt die Haltung der Kulturrelativisten. Sie verneinen den universellen Gültigkeitsanspruch der Demokratie mit dem Argument, dass es kulturspezifische Anpassungsformen geben soll. Denkbar wäre in diesem Kontext eine spezifische Form der chinesischen Demokratie, der islamischen Demokratie - und warum nicht auch der liechtensteinischen Demokratie.²

Im Vorfeld der erwähnten Verfassungsabstimmung wurde unter anderem von der Expertenkommission des Europarates – auch Venedigkommission genannt – die Abstimmungsvorlage kritisiert, indem darin ein Rückschritt für die Demokratie und ein unzulässiger Machtausbau des Monarchen gesehen wurde. Dies wurde auch von weiteren verfassungsrechtlichen Gutachten bestätigt, während andere Verfassungsjuristen zu gegenteiligen Ergebnissen kamen. Obwohl alle im Prinzip dem universellen Anspruch der Demokratie folgen ist es offensichtlich, dass nicht nur der Normalbürger, sondern auch der Verfassungsexperte darüber im Zweifel ist, was denn nun Demokratie ist, welche Bedingungen hierzu erfüllt sein müssen, welche institutionellen Arrangements dafür notwendig und unerlässlich sind, welche Qualität von Legitimation erreicht sein und wie das System der Gewaltenteilung organisiert sein muss.

¹ Für die kritische Durchsicht des Manuskriptes geht der Dank an den Forscherkollegen im Liechtenstein-Institut, Dr. Zoltán Tibor Pállinger.

² Auf diese Aspekte geht Pállinger an einem separaten Vortragsabend unter dem Titel „Herausgeforderte Demokratie – Zukunfts- oder Auslaufmodell?“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Herauforderung Demokratie“ ein. Vgl. den entsprechenden Beitrag von Pállinger in der Reihe „Beiträge Liechtenstein-Institut“ (i.Ersch.).

Ziel dieses Beitrages im Rahmen der Vortragsreihe „Herausforderung Demokratie“ des Fachbereichs Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut ist es, die Anforderungskriterien der Demokratie darzustellen, die unterschiedlichen institutionellen Ausprägungen von Demokratie in Form verschiedener Systemtypen aufzuzeigen und den Stand der Demokratietheorie zu beleuchten, um auf diesem Wege Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zu finden.

2 Methodisches Vorgehen und Eingrenzung

Die Ausführungen stützen sich im Wesentlichen auf die Analyse der relevanten Fachliteratur zum Thema. Neben den Klassikern der modernen Demokratietheorie werden dabei auch neuere Ansätze und einzelne Spezialaspekte beleuchtet. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden wird die Auseinandersetzung mit Themen, welche Schwerpunkte der weiteren Vortragsabende sind, weitgehend ausgeklammert. Es sei diesbezüglich auf die erwähnten Beiträge verwiesen. Insbesondere wendet sich das vorliegende Skript auch nicht den Graubereichen der Demokratie zu, die in der aktuellen demokratietheoretischen Analyse unter den Stichworten der „defekten Demokratie“ oder der „Transformationsprozesse“ – nach dem weitgehenden Abschluss der Entkolonialisierungsphase neuerdings insbesondere mit Blick auf Osteuropa – mit einer Rolle spielen.³

3 Demokratietheorien

Bereits Scharpf (1975: 8) stellte fest, dass „Demokratie“ ein positiv besetzter Begriff der Sprache der Politik geworden ist. Er merkte freilich kritisch an: „Aber auch kaum ein anderer politischer Begriff schillert so sehr in seinen Bedeutungen und dient so viel weniger der Verständigung als der Auseinandersetzung.“ Er stellt dies nicht nur für den allgemeinen Sprachgebrauch, sondern auch für den wissenschaftlichen Sprachgebrauch fest. Der Demokratiebegriff konnte im Zeitalter des Faschismus und Stalinismus noch ohne tiefgehende Differenzierung als Kontrapunkt zu diktatorischen Regimes ein gewisses Mass an kollektivem Begriffsverständnis wecken. Das Aufkommen von Bürgerrechtsbewegungen seit den 1960er Jahren, der Siegeszug der Demokratie als moderne Staatsform, in jüngerer Zeit die umwälzenden Transformationsprozesse in Osteuropa haben jedoch die Notwendigkeit begrifflicher Ausdifferenzierung markant verschärft. Als Demokratie kann längst nicht alles

³ Lauth (2004: 108) fasst in einer Systematik von Demokratietypen beispielsweise in einer Gliederung von Demokratien nach Funktionsweise die folgenden Begriffe zusammen: Polyarchie, formale Demokratie, delegative Demokratie, unvollständige Demokratie, limitierte Demokratie, konsolidierte Demokratie, „asiatische“ Demokratie, electoral democracy, illiberale Demokratie und defekte Demokratie.

gelten, was nicht diktatorisch ist. Es ist symptomatisch, dass Sartori (1992) ein Kapitel seines viel beachteten Werkes zur Demokratietheorie mit dem Titel einleitet: „Kann Demokratie einfach alles und jedes sein?“ Die Frage impliziert bereits die Antwort: „Nein“. In den Worten von Sartori kam es mit dem Begriff der Demokratie „zu einer noch nie dagewesenen Steigerung der terminologischen und ideologischen Verzerrungen, deren überragendes Endergebnis die Vernebelung ist.“ (1992: 12). Wenn aber die simple Evidenz aus dem Gegensatzpaar zur Diktatur für die Bezeichnung der Demokratie nicht ausreicht, braucht es adäquate Kriterien zur Beurteilung von Demokratie, die nachprüfbar sein müssen. Die politikwissenschaftliche Forschung hat denn in den vergangenen Jahrzehnten auch mit unterschiedlichen Konzepten Demokratiestandards formuliert und Methoden der Demokratiemessung elaboriert. Bevor wir darauf eingehen wollen wir jedoch die Demokratietheorien genauer betrachten.

1.1 Ideengeschichtlicher Abriss

Die politische Ideengeschichte und politische Philosophie ist angefüllt mit reichhaltigen theoretischen Konzepten zur Demokratie. Diese reichen zurück bis ins Altertum, etwa zu Herodot, bei dem der Begriff erstmals auftauchte, oder den griechischen Gelehrten Platon und Aristoteles. Die Linie der klassischen Autoren wurde bei den Römern fortgesetzt mit Cicero und Seneca, um nur einige wenige zu nennen. Diese Autoren verstanden unter Demokratie keine besondere Form der Gesellschaft, sondern eine besondere Form ihrer staatlichen Herrschaftsorganisation – indem nämlich „alle“ herrschen sollten, im Gegensatz zu einer Herrschaft von wenigen oder nur eines Einzelnen (Guggenberger 1991: 71). Zu den nachmittelalterlichen klassischen Vorläufern der modernen Demokratietheorie der Neuzeit zählen etwa Montesquieu, Locke, Rousseau, Tocqueville, Mill oder Marx.⁴ Mit ihnen wurde der Übergang zur modernen Demokratietheorie eingeleitet, die mit dem amerikanischen Frühkonstitutionalismus und insbesondere mit der Französischen Revolution 1789 ihren augenfälligen geschichtlich-ereignishaften Ausdruck fand. Darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden. Wir wenden uns hier gleich den modernen Demokratietheorien des 20. Jahrhunderts zu. Es bleibt aber festzuhalten, dass in jener Zeitperiode eine semantische Erweiterung des Demokratiebegriffs über die Herrschaftsorganisation hinaus vollzogen, welcher seitdem die Demokratiediskussion prägt und begleitet. Zentral waren bürgerlich-liberale Autonomie- und Mitbestimmungsforderungen sowie die Bestrebungen und Ideen zur sozialen Gleichheit geworden (Guggenberger 1991: 71). Die formale Seite der Demokratie wurde somit folgenreich um eine inhaltliche Seite erweitert.

Die Entwicklungsstufen der Demokratie und des Verfassungsstaates belegen allgemein eine inhaltliche Ausweitung der staatlichen Aufgaben, die mit den demokratietheoretischen

⁴ Zu den klassischen Demokratietheorien wurde im WS 2001/2002 am Liechtenstein-Institut eine Ringvorlesung unter Leitung von Prof. Dr. Alois Riklin mit Vorträgen zu Thomas Hobbes, John Locke, Charles de Montesquieu, Jean-Jacques Rousseau, Adam Smith und James Madison durchgeführt.

Positionen in fruchtbarer Wechselwirkung stehen. Grob gesprochen können bis in die Gegenwart – und das heisst somit vorläufig, keinesweges abschliessend - fünf Stufen unterschieden werden, die einander mehr oder weniger in chronologischer Reihe gefolgt sind.⁵

- Stufe I: Staatliche Souveränität und Sicherung des inneren Friedens mit der Sicherheit als Hauptaspekt;
- Stufe II: Verfassungsstaat mit Gewaltenteilung, Grund- und Menschenrechten (mit der Freiheit als Zusatzaspekt);
- Stufe III: Demokratischer Verfassungsstaat (mit allgemeinem Wahlrecht mit der Gleichheit als Zusatzaspekt);
- Stufe IV: Sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Staat (mit der Brüderlichkeit/Solidarität als Zusatzaspekt);
- Stufe V: Ökologische und lebensweltliche Aufgaben (mit der Gesundheit und Nachhaltigkeit als Zusatzaspekte).

Die modernen Demokratietheorien betonen je unterschiedlich stark einzelne Aspekte dieser Entwicklungsstufen der empirisch nachweisbaren Demokratieformen. Sie weisen aber gleichzeitig über diese stark an der Output-Leistung von Demokratien orientierten Stufen hinaus. Sie beschränken sich nicht auf die schematische Reduktion historischer Erscheinungsformen von Demokratie, sondern können auch normative Ansprüche formulieren, Demokratieformen kritisieren, gesamtgesellschaftliche Perspektiven entwickeln oder konzeptionelle Alternativen entwerfen. Das Feld der Demokratietheorie ist also äusserst fruchtbar und bunt.

Die Wissenschaft ist dauernd um Systematisierung und Ordnung der Untersuchungsgegenstände als Mittel des Erkenntnisgewinns bemüht. Dies betrifft auch die Demokratietheorien. Wir unterscheiden in diesem Beitrag zwischen der Klassifizierung (oder Klassifikation) und der Typologisierung von Demokratietheorien. Unter Klassifizierung verstehen wir eine Aufteilung in Klassen aufgrund logischer Unterscheidungsmerkmale. Unter Typologie verstehen wir eine Aufteilung in Typen gemäss gemeinsamen, typischen, möglichst deutlich diskriminierenden Merkmalskomplexen.

⁵ Vgl. u.a. Westle 1989: 24.

1.2 Klassifizierung von Demokratietheorien

Im Bemühen um Klassifizierungen der Demokratietheorien kennt die Politikwissenschaft verschiedene Gegensatzpaare. Pelinka (1991) unterscheidet zwischen

- normativ-ideologischer und empirisch-realistischer Demokratietheorie;
- restriktiver und expansiver Demokratietheorie;
- sowie Mischformen wie bsp. einer realistisch-normativen Demokratietheorie.

Die *normativ-ideologische Demokratietheorie* knüpft zunächst an der wortgetreuen Übersetzung von Demokratie aus dem Griechischen an, welches Volksherrschaft bedeutet („demos“ = Volk und „kratein“ = herrschen). Es wird eine Identität zwischen Herrschenden und Beherrschten postuliert – oder in den berühmten Worten des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln in der „Gettysburg Address“ von 1863: „government of the people, by the people, for the people“ (Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk). Die geschichtlichen Vorbilder und tatsächlichen Annäherungen an diesen Zustand werden häufig in den Township Meetings der amerikanischen Gründerstaaten und den schweizerischen Landsgemeinden gesehen – weiter zurückreichend bis zu den altgriechischen Stadtstaaten, der Polis. Auch in den Konzepten der Direkten Demokratie oder der belebenden Kommunitarismus-Debatte der jüngeren Zeit können - teilweise mit Rückgriff auf andere radikaldemokratische Konzepte und mit Anlehnungen bei Klassikern wie Jean-Jacques Rousseau - Realisierungsversuche normativ-ideologischer Demokratietheorien gesichtet werden.⁶

Während die normativ-ideologischen Demokratietheorien den in die Zukunft projizierten, gewünschten, prinzipiell herrschaftsfreien Zustand konzipieren, fokussieren die *empirisch-realistischen Demokratietheorien* – oder auch empirisch-deskriptive Demokratietheorien - auf das tatsächlich vorhandene und analysierbare System von Machtzuweisung, Machtkontrolle und Macht ablösung in einer Gesellschaft. Die Frage lautet nicht in erster Linie, wie Gesellschaft sein soll, sondern wie Gesellschaft ist - und daran schliesst die Frage an, ob die analysierte Gesellschaft als demokratisch einzustufen ist. Die Analyseeinheit ist in der Regel der Nationalstaat. Es ist evident, dass jeder Staat Besonderheiten aufweist, unter anderem auch in der Ausgestaltung des politischen Systems. Damit ist bereits angedeutet, dass es nicht einen einzig-gültigen gesellschaftliche Zustand gibt, der dem Ideal der Demokratie entspricht. Es treten vielschichtige Bestimmungsfaktoren in die Analyse ein: historisch-zeitliche, geografische, kulturelle-kontextuelle, institutionelle.

Eine zentrale Dimension von Demokratie sind auf jeden Fall freie Wahlen. Wahlen sind ein legitimatorischer Akt der Machtdelegation auf Zeit. Das allein reicht aber für das Etikett

⁶ Auf die Direkte Demokratie und verwandte politische Verfahren und Institutionen wird in einer separaten Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe „Herausforderung Demokratie“ eingegangen. Marxer (2004) „Wir sind das Volk“.

„Demokratie“ noch nicht aus. Zur Demokratiebeurteilung beschreitet die Politikwissenschaft im Wesentlichen zwei Wege an. Einerseits wird in der empirischen Demokratieforschung methodisch so vorgegangen, dass das politische System von Staaten qualitativ beschrieben wird. In Summe stehen subjektiv erhobene Systembeschreibungen nebeneinander, deren Demokratiequalität geschätzt und miteinander verglichen werden kann. Auf der anderen Seite steht der Versuch objektiverer Demokratiemessung anhand ausgewählter Kriterien. Mit dem Instrumentarium der Demokratiemessung, welches also seinerseits Mess- und Bewertungskriterien voraussetzt, kann die Demokratiequalität einer Gesellschaft bzw. - unter der Voraussetzung eines komparatistischen Ansatzes - von mehreren Gesellschaften synchron wie auch diachron untersucht werden. In Tat und Wahrheit handelt es sich aber oftmals nicht um rein quantitative Messverfahren, sondern um die Quantifizierung von qualitativen, subjektiven Einschätzungen.

Die normativ-indeologischen und die empirisch-realistischen Demokratietheorien unterscheiden sich somit grundlegend in der Fragestellung und Analyserichtung, somit also im Erkenntnisinteresse und in der Methodologie.

Das zweite Gegensatzpaar – *restriktive und expansive Demokratietheorie* – unterscheidet sich in der Definition des Untersuchungsobjektes. Im restriktiven Ansatz werden ausschliesslich die staatlichen Dimensionen analysiert, also die Verfassungsordnung, die Staatsorgane, die Grundrechte, die Rechtsstaatlichkeit und ähnliches. Die weiteren gesellschaftlichen Bereiche – darunter insbesondere die Wirtschaft – werden als der Demokratie nicht unbedingt zugänglich gewertet werden. Mit anderen Worten soll eine nicht-demokratisch organisierte Gesellschaft und Wirtschaft durchaus mit dem demokratischen Staat zu vereinbaren sein. Die expansive Demokratietheorie verwirft diese Aufteilung. Demokratie bedeutet demnach mehr als nur demokratischer Staat. Es bedeutet Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen, die machtrelevant sind. Das schliesst die Wirtschaft, den Bildungssektor, die Medien und vieles weitere mit ein.

1.3 Typologisierung von Demokratietheorien: Schulen und Denkrichtungen

Wie erwähnt folgt die Typologisierung nicht einer logischen Ordnung, sondern einer Ordnung aufgrund von typischen Merkmalen. Schmidt (2000), Held (1987), Guggenberger (1991) und viele weitere Autoren verwenden ähnliche Typologisierungen der Demokratietheorien. Sie sollen hier nicht alle aufgeführt und in ihren da und dort vorhandenen Unterschieden diskutiert werden. In Anlehnung an die in der Politikwissenschaft verwendeten Typologien wollen wir in

einer Synthese verschiedener Typologierungsansätze die modernen Demokratietheorien gemäss nachstehender Auflistung unterscheiden.⁷

1.3.1 Traditionell-liberale Demokratietheorie (Edmund Burke, Walter Bagehot)

Dieses Konzept beschreibt die repräsentative Demokratie angelsächsischen Typs, welche eine klare Trennung zwischen Gesellschaft und Staat, dem privaten und dem öffentlichen Raum beinhaltet. Zentrale Herrschaftskomponente ist die Verantwortlichkeit der Regierung („responsible government“), welche zwar befugt ist, Entscheidungen zu treffen, dafür aber auch die politische Verantwortung trägt. Die politische Partizipation der Bevölkerung beschränkt sich weitgehend auf den Wahlakt als Delegation von Machtkompetenzen auf Zeit.⁸ Damit wird Macht legitimiert sowie im Rahmen von wiederholten Wahlgängen kontrollierbar, die politische Richtung wird korrigierbar.⁹ Die politischen Repräsentanten werden auch zwischen den Wahlterminen als permanent verantwortlich handelnde Volksvertreter angesehen, die in einer Art Auftrags- oder Vertrauensverhältnis zu den Repräsentierten stehen.

1.3.2 Elitistische Demokratietheorie (Max Weber, Josef Schumpeter, Giovanni Sartori)

Die elitäre oder elitistische Demokratietheorie entwickelte sich vor dem Hintergrund einer evidenten Diskrepanz zwischen den demokratischen, altliberalen Idealvorstellungen und der Realität des 19. Jahrhunderts. Zentral war dabei die Feststellung, dass auch unter Bedingungen demokratischer Mehrheitsregelungen die politischen Entscheidungen vorwiegend von einem kleinen Personenkreis, den Eliten, getroffen werden. Darin wird aber kein Demokratiedefekt gesehen, denn erst durch den Konkurrenzkampf um die Stimmen des Volkes werden Entscheidungsbefugnisse an Einzelne vergeben. Somit erfolgt also die Herrschaftsbestellung durch die Mehrheit bzw. prinzipiell durch das Elektorat. Die gewählten und mit Kompetenzen ausgestatteten Eliten erfüllen in einer Form von Arbeitsteilung politische Stellvertreterfunktionen für die Bevölkerungsmehrheit. Demokratie reduziert sich in diesem Konzept stark auf den demokratischen Bestellungs- und Legitimierungsvorgang.

1.3.3 Ökonomische Theorie (Anthony Downs)

Die Grundannahme in der ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs (1968) lautet, dass jedes Individuum durch rationales Handeln den individuellen Nutzen maximieren

⁷ Die Einteilung folgt weitgehend Guggenberger (1991: 72-78), wird aber um einige Aspekte erweitert.

⁸ Der Zusammenhang von Wahlrecht und Demokratie wird in mehreren komparatistisch angelegten Untersuchungen analysiert. Vgl. Lijphart 1994; LeDuc u.a. 1996; Nohlen 1990/2000.

⁹ Ausführlich zur Legitimität bei Westle 1989.

möchte („rational choice“). Die darauf aufbauende Demokratietheorie ist eine Ausweitung einer ursprünglich ökonomischen Theorie auf politische Prozesse. Die Übertragung der Handlungsweise eines *homo oeconomicus* bei Marktentscheidungen auf Wahlentscheidungen und generell politische Entscheidungen ist jedoch gewagt und wird mannigfach kritisiert. Einerseits wird in der ökonomischen Theorie eine Rationalität des Handelns konzeptionell vorausgesetzt - eine Annahme, die einer empirischen Überprüfung wohl nicht immer standhält. Andererseits handelt es sich bei politischen Entscheidungen um einen weit komplexeren Sachverhalt als bei Kaufentscheidungen, da auch kollektive Handlungsrationitäten und vielschichtige Prozesse der Informationsverarbeitung eine Rolle spielen.

1.3.4 Pluralistische Demokratie (Robert A. Dahl, Ernst Fraenkel)

Der Egoismus als Teil der menschlichen Natur wird auch in der pluralistischen Demokratietheorie anerkannt. Demzufolge existieren in einer Gesellschaft vielfältige Interessen und Meinungen, die in Interessengruppen gebündelt werden können. In der Demokratie wird das System von Kräften und Gegenkräften in einem Gleichgewicht gehalten, sodass sich die Politik als mittlerer Weg zwischen divergierenden Interessen herausbildet. Interessengruppen ebenso wie speziell die Parteien sind nicht nur faktisch bedeutende Akteure in der politischen Entscheidungsfindung, sondern sie sind in der pluralistischen Demokratietheorie auch legitim, notwendig, ja sogar wesenshaft. Sie dienen der Interessenbündelung, der Interessenartikulation und der Interessendurchsetzung. In diesen Kontext kann auch die Korporatismusdiskussion und die Diskussion über Macht und Einfluss der Parteien bis hin zum Begriff der Parteiendemokratie gesehen werden.¹⁰

1.3.5 Sozialistische Demokratietheorie (Wladimir I. Lenin, David Held, Paul Q. Hirst)

Die sozialistische Demokratietheorie ist Teil einer umfassenden Gesellschaftstheorie, die die Geschichte als periodisierte Abfolge von Klassenkämpfen sieht, die erst mit der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft ein Ende nehmen. Die Demokratie ist somit wie die kapitalistische Gesellschaft insgesamt ein vorübergehendes Phänomen, in welchem eine Klassenauseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat stattfindet. Das Ziel weist über die mit dem Attribut „bürgerlich“ versehene Demokratie hinaus. Im Rahmen der bürgerlichen Demokratie führen die Klassenauseinandersetzungen in der sozialistischen Betrachtungsweise dazu, dass sich der Fokus von den Freiheitsrechten (bürgerliche Stossrichtung) auf die Gleichheitsrechte (sozialdemokratische Stossrichtung) verschiebt. Die

¹⁰ Zum Korporatismus insb. Alemann 1981, mit Bezug zu Liechtenstein bei Waschkuhn 1994 und Matt 1999. Zur Parteiendemokratie bei Gabriel u.a. 1997; Hennis 1998; Stöss 1997; insbesondere Leibholz 1958. Zum Funktionswandel der Parteien insb. von Beyme 1997, 2000; zur Lage in der Schweiz Ladner/Brändle 2002; zur Parteiencharakterisierung in Liechtenstein insb. Waschkuhn 1994 und Marxer 2000.

sozialen Grundrechte genießen demzufolge hohe Priorität. Grundsätzlich aber nimmt die sozialistische Demokratietheorie eine kritische Haltung zur „bürgerlichen“ Demokratie ein. Sie verberge hinter der Fassade des Mehrheitsprinzips und der formalen Gleichheit ihren repressiven Charakter und verschleierte somit den Klassengegensatz in der Gesellschaft.

1.3.6 Kritische Theorie: partizipatorische Demokratie (Crawford B. Macpherson, Peter Bachrach, Amitai Etzioni)

Wie der Name bereits ausdrückt steht im Zentrum des Konzeptes der partizipatorischen Demokratie die Beteiligung der Bürger am politischen Prozess. Als normatives Postulat wirkt das Ideal der individuellen Selbstbestimmung. Folge dieses Postulats ist in der partizipatorischen Demokratie die Forderung nach allseitiger politischer Beteiligung sowie einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung. Damit wird der Bogen über den staatlichen Bereich hinaus gespannt und die Demokratisierung aller Gesellschafts- und Lebensbereiche, in denen Herrschaft ausgeübt wird, angestrebt. Die partizipatorische Demokratietheorie wird wie die deliberative Theorie typologisch den Kritischen Theorien zugeordnet. Sie unterscheidet sich jedoch vom deliberativen Ansatz von Habermas u.a., welcher eine anarchistische Stossrichtung aufweist. Partizipatorische Demokratie wird auch unter Begriffen wie starke Demokratie (Benjamin R. Barber), expansive Demokratie (Warren) oder assoziative Demokratie (Hirst) diskutiert. In die Reihe partizipativer Demokratietheorien ist ferner das Konzept des Kommunitarismus (Etzioni) zu stellen. Die Idee des gesellschaftlichen Kollektivs ist eine normative Begleitkategorie dieser Demokratietheorie.

1.3.7 Kritische Theorie: deliberative Demokratie (James F. Fishkin, Jürgen Habermas)

Während die partizipatorische Demokratie die Politisierung sämtlicher Lebensbereiche im Auge hat, verfolgt die Kritische Theorie deliberativer Prägung letztlich die Privatisierung der Lebensbereiche. Deliberation meint öffentliche Kommunikation und Beratung über Politik in Gremien, Versammlungen und der Medienöffentlichkeit. Der Masstab dieser Theorierichtung ist die Autonomie und Selbstentfaltung des Individuums, welches wiederum Herrschaftsfreiheit voraussetzt. Ziel und Funktion von Demokratie ist somit der Abbau von Herrschaft, welches auf dem Weg der Bürgeraktivierung, der Offenlegung von Interessen und Standpunkten, der Konsenssuche und der Herbeiführung von rationalen Entscheidungen als unweigerliche Folge von kommunikativen Prozessen zu erreichen ist. Entscheidungen sollen daher konsensual zustande kommen. Im Sinne der Selbstentfaltung und Autonomie wird vorausgesetzt, dass die Interessen aller Beteiligten tatsächlich zum Ausdruck und zur Geltung gelangen. Somit wird der herrschafts- und repressionsfreie Diskurs zu einer Schlüsseldimension dieser kritischen Demokratietheorie. Diese Theorierichtung ist unter dem Begriff der deliberativen Demokratie

(Fishkin, Jürgen Habermas) wie auch der dialogischen Demokratie (Anthony Giddens) bekannt.¹¹

1.3.8 Komplexe Theorie (Fritz W. Scharpf; Manfred Schmidt)

Scharpf (1975) entwickelt aus seiner Kritik an einseitig input- oder outputorientierten Demokratietheorien – besonders ausführlich seine Auseinandersetzung mit den Pluralismustheorien und den Partizipationstheorien – eine komplexe Theorie der Demokratie. In dieser „empirisch informierten, normativen Demokratietheorie“ (Scharpf 1975: 92) wird einerseits das Partizipationspostulat in Kenntnis der faktischen Hindernisse und Schranken differenziert aufgegriffen. Die Hebelpunkte sind dabei (erstens) die Förderung von Selbstentfaltungsmöglichkeiten in zentralen Lebens- und Arbeitsbereichen – wobei die demokratische Mitbestimmung am Arbeitsplatz nur ein allfälliges Mittel zum Zweck ist -, (zweitens) die Verbesserung des Zugangs von benachteiligten Schichten in politische Entscheidungspositionen – durch Erlernen der notwendigen politischen Skills und damit auch einer Verbreiterung der Rekrutierungsbasis - und (drittens) die Erhöhung der Entscheidungsfähigkeit und des Wertberücksichtigungspotentials auf zentraler politischer Ebene – begründet damit, dass ein Grossteil der Bevölkerung politisch apathisch ist und deren Anliegen im pluralistischen Modell der konkurrierenden Interessengruppen verdrängt werden. Als Voraussetzungen dafür sieht er insbesondere die Konkurrenz der Parteien unter knappen Mehrheitsverhältnissen – mit Vorteil im Zwei-Parteien-System – und eine aktive Öffentlichkeit mit Entscheidungsspielräumen, die nicht bereits durch die massivere Pressurenteressengruppen oder durch Wahlrücksichten okkupiert werden. Auf der anderen Seite fordert Scharpf eine Optimierung der repräsentativen Demokratiestrukturen durch Delegation, institutionalisierte Problemsuche, aktive Öffentlichkeit, Planung, Kontroll- und Informationssysteme, sowie der Rückbindung an die Wähler durch aufklärende Kommunikation der politischen Elite und der Antwort der Wähler insbesondere bei den Wahlen.

1.3.9 Systemtheoretische Demokratietheorie (Niklas Luhmann)

In Luhmanns Systemtheorie ist die Gesellschaft in gesellschaftliche Teilbereiche (Systeme) gegliedert, die gegenüber ihrer Umwelt abgegrenzt sind und nach eigener Logik handeln und kommunizieren– er verwendet den Begriff der Selbstreferenz - und die nach eigenen Regeln organisiert sind, sich selbst erhalten und reproduzieren – er verwendet dazu den Begriff der Autopoiesis. Das Institutionengefüge des Staates mit seinen funktionalen Zusammenhängen ist ebenso ein System wie das Mediensystem, das Wirtschaftssystem, das Rechtssystem usw. In der modernen Zeit mit einem historisch beispiellosen Komplexitätsgrad des politisch relevanten

¹¹ Ausführlicher zur Delibartion mit Fokus Liechtenstein Marcinkowski (2004), sowie der Themenabend im Rahmen der Vortragsreihe „Herausforderung Demokratie“ unter der Leitung von Marcinkowski mit dem Titel: „Medien und Politik – Öffentliche Kommunikation in der Politik“.

Wirklichkeitshorizontes erscheine die Demokratie als angemessene Systemantwort zur Bewältigung der gesellschaftlichen Prozesse. Demokratie wird dabei auf die Systemeigenschaften bzw. Verfahren reduziert, welche weitgehend inhaltsneutral sind. Sie liefert die Verfahrensstrukturen zur Produktion von Entscheidungen und ist damit zu einer hohen Selektionsleistung fähig. Obwohl durch die Selektion Komplexität permanent reduziert wird – immerhin scheiden mit jeder Entscheidung viele weitere Entscheidungsalternativen aus – bleibt insgesamt die Bandbreite der Komplexität bewahrt. Politische Partizipation, Meinungsvielfalt, Wahlen usw. dienen in der Optik der Systemtheorie nicht der persönlichen Entfaltung, der Erhaltung von Grund- und Freiheitsrechten, der Selbstbestimmung und ähnlicher Anspruchsbefriedigungen von Individuen oder Gruppen. Sondern sie sind Mittel und Verfahren des demokratischen Systems zur Entwicklung und Reproduktion des Systems insgesamt, ohne genuine normative Begründung und Zielsetzung. Insofern ist dieses System prinzipiell ersetzbar durch eine andere Herrschaftsorganisation, falls sich die Demokratie als nicht oder nicht mehr angemessenes System für die Problemlösungen der Gesellschaft erweist.

1.3.10 Performanzorientierte Demokratietheorie

Unter Performanz kann im Kontext der Demokratiediskussion allgemein die Leistungsfähigkeit von politischen Systemen verstanden werden. Die Kriterien der Leistungsfähigkeit sind dabei zu definieren – es kann darunter von der materiellen Bedürfnisbefriedigung der Mitglieder der Gesellschaft über die Problemlösungskapazität eines politischen Systems bis hin zur politischen Stabilität, der Systemzufriedenheit und der Reproduktion der Gesellschaft vieles verstanden werden. In einer engeren Interpretation kann unter Performanz die Output-Leistung eines Systems verstanden werden. Damit ist ein deutlicher Gegensatz zu den partizipatorischen Ansätzen konstruiert. „Gut“ wäre in dieser Diktion ein System, das stabil und dauerhaft ist, die Bedürfnisse – materielle wie immaterielle – der Gesellschaftsglieder zu befriedigen vermag und adäquat auf Herausforderungen reagieren kann. Die Art und Weise, wie dies erreicht wird – ob beispielsweise in Form reger Bürgerbeteiligung oder durch zentralisierte politische Entscheidungsverfahren – ist dabei zweitrangig. Begrifflich ist dabei noch zu unterscheiden zwischen Effizienz und Effektivität in den politischen Entscheidungen. Während „effizient“ bedeutet, dass in relativ kurzer Zeit ein relativ grosser Output generiert wird, schliesst das „effektive“ Handeln mit ein, dass die Entscheidungen dem Problem angemessen sind und tatsächlich das gewünschte Resultat (Effekt) erzielen. Die Evaluation von politischen Programmen und Massnahmen ist in diesem Zusammenhang zu einem wichtigen Aspekt von Policy-Analysen geworden.¹²

¹² Ausführlicher zu diesem Thema im Vortrag und Beitrag von Pällinger mit dem Titel „Problemlöser oder Problemerzeuger – Über die Leistungsfähigkeit politischer Systeme“ im Rahmen dieser Veranstaltung „Herausforderung Demokratie“. Pällinger (i.Ersch.).

1.4 Distanz und Nähe der Demokratietheorien

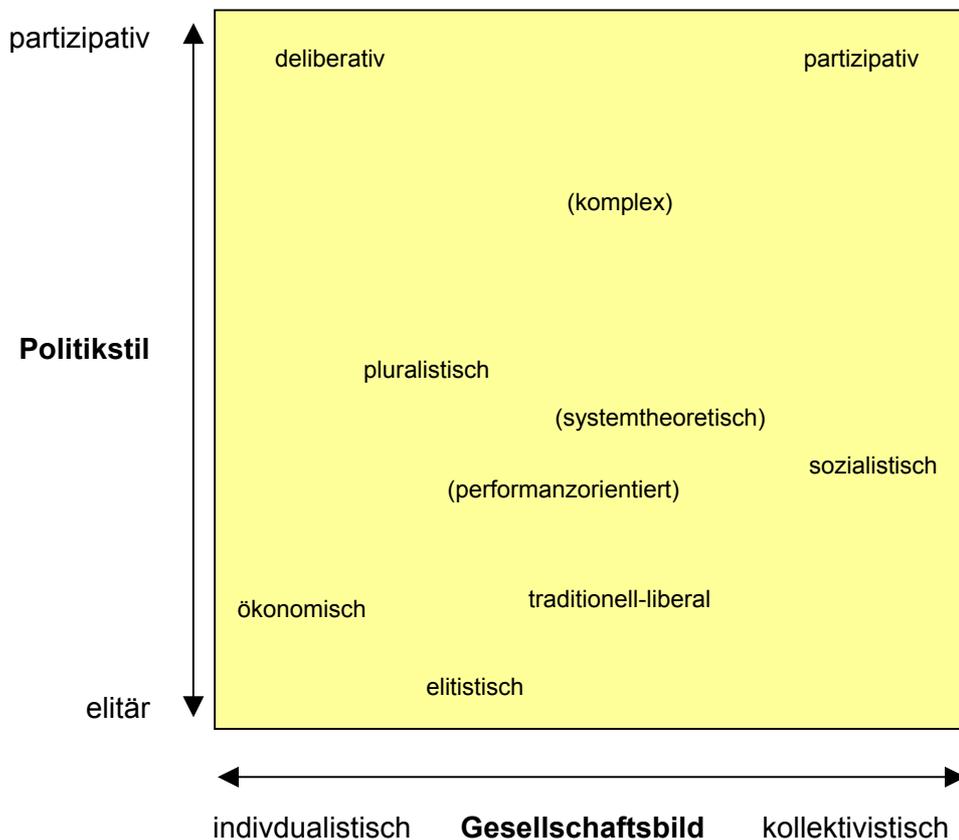
In einem weiteren Ordnungsversuch wollen wir die soeben vorgestellten Demokratietheorien nach ihrer Distanz und Nähe zueinander einschätzen. Es gibt eine Vielzahl von denkbaren Unterscheidungsmerkmalen, wir beschränken uns hier aber auf zwei Aspekte: den Politikstil und das Gesellschaftsbild.

Der Politikstil wird hier auf einem Kontinuum zwischen partizipativ und elitär angesiedelt. In dieser Spannbreite sind sowohl institutionelle Aspekte enthalten - wie etwa direktdemokratische Rechte oder rein repräsentative Herrschaftsformen -, kommunikative Aspekte – wie etwa die Forderung nach öffentlicher und transparenter Diskussion -, oder insbesondere auch Fragen der politischen Beteiligung und Mobilisierung.

Das Gesellschaftsbild spricht die Natur des Menschen und das Verhältnis der Menschen zueinander an. Die Bandbreite reicht von individualistisch bis kollektivistisch. In der individualistischen Konzeption steht die Autonomie und Selbstbestimmung des Menschen im Zentrum, wobei den Grund- und Menschenrechten sowie dem Schutz des Individuums vor gesellschaftlichen Zwängen und staatlichen Übergriffen hohe Bedeutung zukommt. Gesellschaft kann in dieser Konzeption auch als Summe der Individuen verstanden werden. In der kollektivistischen Konzeption ist Gesellschaft eine eigene Kategorie, die über das Aggregat der Individuen hinausgeht. Die Individuen sind wesenshaft Mitglieder einer Gesellschaft und nur als Gesellschaftsteil zu verstehen. Dies kann als philosophische und normative wie auch als empirische Dimension begriffen werden. In der kollektivistischen Konzeption haben das Gemeinwohl, die Gruppe und übergeordnete Interessen einen hohen Stellenwert.

In der Abbildung 1 (folgende Seite) sind die Demokratietheorien an den Dimensionen des Politikstils und des Gesellschaftsbildes ausgerichtet. Es zeigt sich eine breite Streuung, wobei zuzugeben ist, dass es sich bei der Darstellung nicht nur um eine grobe Vereinfachung handelt, sondern dass die Zuordnung auch nur einer groben Schätzung entspricht, die nicht auf einer ausgefeilten Konzeption beruht. Es muss darüberhinaus noch erwähnt werden, dass die Typologisierung selbst bereits eine Vereinfachung darstellt und daher innerhalb eines gemeinsamen Typs durchaus Varianz besteht. Schliesslich ist zu den in Klammer gesetzten Typen zu sagen, dass für sie eine Zuordnung besonders schwer fällt, da sie als systemoffene Demokratietheorien grundsätzlich in alle Richtungen der Achsen variabel sind. Die Zuordnung erfolgt daher vor dem Hintergrund einer am ehesten vertretenen und interpretierbaren praktischen Ausformung der entsprechenden Demokratietheorie.

Abbildung 1: Zuordnung der modernen Demokratietheorien nach Politikstil und Gesellschaftsbild



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Demokratietheorien verteilen sich breit entlang der beiden Achsen „Politikstil“ und „Gesellschaftsbild“. Dies widerspiegelt die Breite an Konzeptualisierungen der Demokratie in der wissenschaftlichen Forschung und Analyse, und ist gleichzeitig ein Verweis auf die Vielfalt an empirischen Erscheinungsformen der Demokratie wie auch die Dynamik in der theoretischen Beurteilung der Demokratie.

1.5 Verknüpfung der Klassifikation mit der Typologisierung

Der Streifzug durch die modernen Demokratietheorien hat eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte und Schwerpunktsetzungen aufgezeigt. Nach der weiter oben angeführten grundlegenden Klassifizierung von Demokratietheorien können nun die verschiedenen Theorierichtungen und Denkschulen – allerdings nicht immer ganz trennscharf - gruppiert werden. In einer dritten Dimension könnten die Demokratietheorie noch nach Input-, Output-

oder Withinput-Orientierung - den institutionellen Verfahren innerhalb des engen politischen Systems – sowie in einer vierten Dimension nach Zuordnung zu historischen Stufen, wie sie weiter oben beschrieben wurden, eingeteilt werden. Darauf verzichten wir hier.

Tabelle 1: Klassifizierung von typologisierten modernen Demokratietheorien (DT)

		Forschungsperspektive	
		normativ-ideologisch	empirisch-realistisch
Untersuchungsbreite	restriktiv	traditionell-liberale DT	elitistische DT pluralistische DT systemtheoretische DT
	expansiv	sozialistische DT partizipatorische DT deliberative DT	ökonomische DT komplexe DT performanzorientierte DT

Quelle: Eigene Darstellung

Wie gesehen existieren in der Demokratieforschung völlig unterschiedliche Ansätze, die zu divergierenden Demokratietheorien führen. Je nach Blickwinkel, Schwerpunktsetzung oder zugrundeliegender Basistheorie wird Demokratie unterschiedlich gewertet und es werden dementsprechend unterschiedliche Anforderungen an die Demokratie formuliert. Inputorientierte Ansätze legen grosses Gewicht auf gesellschaftliche Pluralität, Partizipation, freie Meinungsäusserung, Deliberation und herrschaftsfreien Diskurs. Unter diesen Voraussetzungen stellt sich a posteriori ein Ergebnis von Politik her, welches je nach Schärfe der Theorie sogar als notwendigerweise richtig definiert werden kann. Outputorientierte Ansätze betrachten dagegen eher das Resultat der Politik. Schlüsselkriterien sind etwa die Leistungsfähigkeit des Systems, Effizienz und Effektivität, die Rationalität von Entscheidungen und die Systemstabilität.

2 Demokratiestandards und Demokratiemessung

Die Frage, was eine Demokratie ausmacht, wird konsequenterweise in der Optik verschiedener Demokratietheorie unterschiedlich zu beantworten sein. Weiter oben wurde bereits festgestellt, dass sich der Begriff der Demokratie von einer wenig spezifischen, allgemeinen Auffassung –

wesentlich auch in negativer Abgrenzung zu Nicht-Demokratien – im Verlaufe der Jahrhunderte und Jahrzehnte stark ausdifferenziert hat. Was noch im 19. Jahrhundert als Demokratie galt, würde heute wohl kaum mehr allgemein akzeptierte Demokratiestandards erfüllen. Ein Hinweis auf das eingeschränkte Wahlrecht, das in den meisten Staaten bis weit in das 20. Jahrhundert galt, möge an dieser Stelle genügen. Was aber sind die Standards genau, welche eine Demokratie zu erfüllen hat?

2.1 Demokratiestandards

Wie erwähnt ist die Frage der Demokratiestandards aus dem Blickwinkel der verschiedenen Demokratietheorien auch unterschiedlich zu beantworten. Während etwa in der partizipativen Demokratietheorie die aktive politische Beteiligung und Gestaltungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger im Staat - aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen - ein wesentliches Erfordernis der Demokratie darstellt, ist beispielsweise in der pluralistischen Demokratietheorie die Existenz von Meinungsvielfalt und die Vielfalt von organisierten Gruppeninteressen bis hin zu einem funktionierenden Parteienwettbewerb unabdingbar.

Wenn wir an dieser Stelle versuchen wollen, Demokratiestandards zu definieren – im Anschluss daran wird sich die Frage stellen, wie man die Erfüllung der Standards messen kann -, so wäre dies im Grunde genommen für jede Demokratietheorie einzeln vorzunehmen. Das haben aber weder die jeweiligen Demokratietheorie bislang vollständig und konsequent geleistet, noch erlaubt es die Strukturvorgabe einer Überblicksdarstellung, hier zu sehr ins Detail zu gehen. Wir müssen also an dieser Stelle die Übung nach der kurzen gedanklichen Auffächerung der Forschungsperspektiven wieder abbrechen. Stattdessen suchen wir nach den weniger spezifisch demokratiethoretisch fundierten, sondern allgemein gebräuchlichen und weitgehend akzeptierten Prinzipien der Demokratie. Ein entsprechender Kriterienkatalog umfasst beispielsweise nach Schiller (1999) fünf Prinzipien, die er auch als „magisches Fünfeck“ bezeichnet (s. Abb.). Die Spannweite reicht von den grundlegenden Menschenrechten (1), der Offenheit der Machtstruktur (2), der politischen Gleichheit (3), der Transparenz und Rationalität (4) bis hin zur politischen Effektivität, Handlungs- und Steuerungsfähigkeit (5). In der Abbildung ist auch angedeutete, wie die Demokratieprinzipien auf verschiedenen Ebenen – der Mikroebene des Individuums, der Mesoebene der sozialen und politischen Gruppen und der Makroebene des Regierungssystems und der Institutionen – praktisch einzulösen sind.

Tabelle 2: Prinzipien der Demokratie

<i>Ebene</i> <i>Prinzipien</i>	<i>Mikroebene:</i> <i>Individuum/Bürger</i>	<i>Mesoebene:</i> <i>Soziale und politische</i> <i>Gruppen/Organisationen</i>	<i>Makroebene:</i> <i>Regierungssystem/Institutionen</i>
1. <i>Grundlegende Menschenrechte</i>	Persönliche Grundrechte, Rechtsschutz, Meinungsfreiheit	Organisationsfreiheit für Verbände und Parteien, Minderheitenschutz	Begrenzte Staatsgewalt, rechtsstaatliche Verfassung, unabhängige Justiz
2. <i>Offenheit der Machtstruktur</i>	Zugangschancen zu politischer Kommunikation und politischer Macht, Kontrollrechte	Organisatorischer Pluralismus, Elitenpluralität, unabhängige Medien	Gewaltenteilung, Mandat auf Zeit, politischer Wettbewerb, Machtkontrolle
3. <i>Politische Gleichheit</i>	Gleichheit des Wahlrechts und weiterer Beteiligungsrechte, auch: Ämterzugang	Chancengleichheit bei Organisationsressourcen und Einflußzugang	Chancengleichheit bei Wahlsystemen und Entscheidungsverfahren
4. <i>Transparenz und Rationalität</i>	Unterschiedliche Informationsquellen, Chancen für politische Bildung/ Kompetenz, Teilnahmeeffizienz	Vielfalt der Medien, kontroverse Kommunikation, kritische Öffentlichkeit, Interessenpluralität	Transparente Entscheidungsprozesse Kompetenz durch Ämterdifferenzierung, Effizienz, diskursive Verfahren
5. <i>Politische Effektivität, Handlungs- und Steuerungsfähigkeit</i>	Politisches Interesse, Beteiligungsmotivation, Verantwortungsbereitschaft, Kritikfähigkeit, Akzeptanzbereitschaft	Aggregation von Interessen, Mobilisierung politischer Unterstützung	Mehrheits- bzw. Konkordanzregeln Kompromißfähigkeit, Durchsetzungsressourcen (Recht, Geld u.ä.) Institutionen- und Systemvertrauen

Quelle: Schiller 1999, S. 33.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Demokratietheorien in ihrer gesamten Spannweite explizit oder implizit vertreten sind, seien es nun institutionelle, partizipatorische, rationale, performanzorientierte usw. Theorien. Die hier vorgestellten Demokratieprinzipien haben insofern Kompromiss- oder Synthescharakter und stellen einen Versuch dar, einen demokratietechnischen Minimalkonsens zu formulieren. Es ist auch offensichtlich, dass die Komplexität und Historizität der Demokratie logisch stringente Definitionen verunmöglicht oder allenfalls gehaltlos macht. Die Reduktion des Demokratiebegriffs auf „Herrschaft des Volkes“ entbindet beispielsweise nicht der Aufgabe, inhaltlichen und formalen Kriterien zu definieren, wie diese Herrschaft ausgestaltet sein soll. Je nach Autor können unterschiedliche Kriterien oder Schwerpunkte gesetzt werden, ohne dass die eine oder die andere Definition deswegen richtig oder falsch wäre. Dahl (1998: 38) postuliert wie Schiller fünf Prinzipien der Demokratie („Criteria for a democratic process“), nämlich:

1. Effective Participation
2. Equality in Voting
3. Gaining enlightened understanding
4. Exercising final control over the agenda
5. Inclusion of adults.

Für Dahl steht das Prinzip der politischen Gleichheit weit oben auf der Demokratie-Hierarchie und widerspiegelt sich in allen fünf Kriterien in der einen oder anderen Form. Schiller hingegen weitet die Prinzipien der Demokratie auf institutionelle und funktionale Systemmerkmale aus.

Die Anbindung an die Demokratietheorien gelingt den kompilierten Katalogen der Demokratiestandards allerdings nicht restlos. Wir können hier einmal versuchsweise die Bezüge der Kriterien des magischen Fünfecks (Schiller) zu den weiter oben skizzierten Demokratietheorien rekonstruieren. Der Versuch ist sicher diskutabel. Er verdeutlicht aber immerhin, dass die verschiedenen Demokratietheorien ihre Schwerpunkte bei unterschiedlichen Demokratieprinzipien setzen. Wenn man die Entstehung der Demokratietheorien in der angeführten Reihe gleichzeitig vorsichtig als chronologische Ordnung auffassen kann, zeigt sich auch eine Verlagerung der Schwerpunkte auf der Zeitachse (Tabelle 3 auf der nächsten Seite).

Wenn die fünf Demokratie-Prinzipien hier als (theoretisch schwach fundierter) Kernbestand von Demokratie vorgestellt worden sind, ist nicht zu leugnen, dass zwischen ihnen ein Spannungsverhältnis existiert. Als klassische Spannungsfelder können die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit, sowie von Gleichheit und Rationalität angesehen werden. Wir wollen hier offen lassen, ob die Schwäche der theoretischen Konzeption von Demokratie in diesem additiven (oder kumulativen) Anforderungskatalog Ursache der Spannungen ist, oder ob sich die Demokratiebeurteilung aufgrund seiner Komplexität grundsätzlich einer stringenten theoretischen Konzeptionierung verschliesst. Jedenfalls setzen wechselseitige Ausschlussgründe von Kriterien der Maximierung dieser Prinzipien Grenzen. In der Realisierung von Demokratie geht es somit viel mehr um die relative Erfüllung der Prinzipien im Hinblick auf eine Optimierung des Gesamten. Dies kann vor dem Hintergrund historischer, kultureller, ökonomischer und sozialer Gegebenheiten und Unterschiede in der Zielsetzung nicht als einzig gültiger, finaler und unabänderlicher Zustand formuliert und konserviert werden. Vielmehr handelt es sich um einen dynamischen Optimierungsprozess, in welchem permanent Kriterien modifiziert und die Gewichtungen verschoben werden.

Tabelle 3: Prinzipien der Demokratie und Bezüge zu Demokratietheorien (eigene Darstellung)

	Demokratietheorie									
	traditionell-liberale	elitistische	ökonomische	pluralistische	sozialistische	partizipatorische	deliberative	komplexe	system-theoretische	performanz-orientierte
Grundlegende Menschenrechte	•	•		•				•		•
Offenheit der Machtstruktur	•	•		•	•	•	•	•		•
Politische Gleichheit	•		•	•	•	•	•	•		
Transparenz und Rationalität			•	•	•	•	•	•		
Effektivität, Steuerungsfähigkeit			•			•		•	•	•

Legende: Schattiert = Schwerpunkt; • = vorrangige Aspekte.

2.2 Messung von Demokratie

Die Demokratiemessung unterscheidet sich von den qualitativen Beschreibungen demokratischer Systeme insofern, als Systemmerkmale nicht beschrieben und kommentiert, sondern quantifiziert werden. Es ist nicht unumstritten, ob sich solche Verfahren zum Vergleich sehr unterschiedlicher Systeme, die aktuell und entwicklungsgeschichtlich in einer breiten Varianz von Kontextfaktoren stehen, wirklich sinnvoll und zielführend ist (vgl. Berg-Schlusser 2000). Die komparatistische Alternative dazu sind qualitative Systembeschreibungen und darauf aufbauend ein eventuell kommentierender Vergleich verschiedener politischer oder speziell demokratischer Systeme. Die sieben vorgestellten Demokratieprinzipien des magischen Fünfecks geben bereits deutliche Hinweise darauf, was als Demokratie bezeichnet werden kann und was nicht. Die Eingangskontrolle müsste lauten: Sind die Demokratieprinzipien ausnahmslos erfüllt? Ein Staat (eine Gesellschaft, ein politisches System) wäre demnach demokratisch, wenn die fünf Prinzipien der Demokratie erfüllt sind. Das klingt zunächst simpel.

Wenn man aber einem Staat attestieren will, dass beispielsweise Prinzip 4 (Transparenz und Rationalität) erfüllt ist, steht die Forschung vor dem Problem, Kriterien festzulegen, mit welchen die Erfüllung oder der Erfüllungsgrad des Prinzips gemessen werden kann. Die Operationalisierung dieser Fragestellung ist ein Forschungsthema, das in den vergangenen Jahren starke Konjunktur erlebt hat. Wenn wir uns hier weiterhin an der oben dargestellten Prinzipien der Demokratie orientieren (Tab. 2 auf S. 16), geben uns die Bedingungen auf den verschiedenen Ebenen – der Mikro-, Meso- und Makroebene – bereits die grobe Richtung vor, in welcher gemessen werden muss. Bleiben wir beim Beispiel „Transparenz und Rationalität“. Die Richtungen sind in den genannten, aber sicher nicht vollständigen Aspekten angedeutet:

- Mikroebene: Informationsquellen, Chancen für politische Bildung, Kompetenz, Teilnahmeeffizienz;
- Mesoebene: Medienvielfalt, kontroverse Kommunikation, kritische Öffentlichkeit, Interessenpluralität;
- Makroebene: Transparente Entscheidungsprozesse, Kompetenz durch Ämterdifferenzierung, Effizienz, diskursive Verfahren.

Für jedes dieser Kriterien wäre ein eigener Wert zu erheben. Für die Teilnahmeeffizienz, die kritische Öffentlichkeit, transparente Entscheidungsprozesse usw. wären somit Indikatoren zu entwickeln, um vergleichend feststellen zu können, inwieweit die Anforderungen einer Demokratie erfüllt sind. Weitere Verfahrensschritte wären die Bewertung eines politischen Systems bezüglich der Indikatoren, die Gewichtung der Indikatoren, die Konzipierung des Rechenmodells als additives, kumulatives, multiplikatives oder als Mischform, die Ermittlung einer Gesamtzahl als Resultat, die Festlegung von Grenzwerten sowie allfälls die Festlegung von Muss- und Soll-Kriterien zur schlussendlichen Kategorisierung von Demokratien.

Eine umfassende und methodisch überzeugende Messung der Demokratie ist nach Berg-Schlosser (2000) indes bis heute nicht geleistet worden. Es fehlt nicht an ambitionierten Versuchen, die Staatsformen der Gegenwart nach wissenschaftlichen Kriterien und quantitativen wie auch qualitativen Verfahren zu messen und zu analysieren. Die Methoden folgen grundsätzlich dem oben beschriebenen Muster: Es werden Demokratiekriterien definiert und mit messbaren Indikatoren operationalisiert, um sodann die Situation in den einzelnen Staaten nach der prinzipiellen Erfüllung des Demokratiestandards oder weitergehend nach dem Grad der Zielerfüllung zu analysieren. Der empirische Befund kann dann ein dichotomes Schema sein – Demokratie Ja oder Nein – oder polytome Ergebnisse mit einer Anzahl Punkte auf einer maximal zu erreichenden Skala liefern, wobei dann definiert werden kann, ab welcher Punktezahl das Qualitätslabel „Demokratie“ erreicht wird.¹³

¹³ Ausführliche Detailbeiträge zu verschiedenen Messaspekten bei Lauth u.a. (2000), darin zu den quantitativen Indizes insbesondere Gaber (2000), zu subjektiven und objektiven Indikatoren Pickel (2000), zur Validität der Indizes Welzel (2000).

2.2.1 Messverfahren

In der langen Reihe von Ansätzen der Demokratiemessung sind in erster Linie drei Projekte zu erwähnen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie lange Messreihen und eine grosse Zahl von Staaten umfassen. Es sind dies der Vanhanen-Index als Weiterentwicklung des Polyarchie-Index von Dahl, der Freedom House-Index und der Polity-Index von Jagers und Gurr.¹⁴

Polyarchie-Index (Robert A. Dahl; 1971) und Demokratie-Index von Vanhanen (Vanhanen-Index) (1984; 1997)

Der Polyarchie-Index von Dahl, erstmals 1971 angewendet, misst den Demokratiegehalt in zwei Dimensionen: der Partizipation und dem freien Wettstreit. Die Skala beschränkt sich im Endergebnis auf zwei Werte, nämlich 0 für keine Polyarchie und 1 für Polyarchie. Der Begriff Polyarchie bezieht sich auf die modernen Repräsentativdemokratien. Entsprechend der demokratietheoretischen Position von Dahl wird den Pluralismus-Aspekten grosses Gewicht beigemessen. Die Stossrichtung des Vanhanen-Index ist ähnlich wie der Polyarchie-Index von Dahl. Er misst die beiden Schlüsseldimensionen der Polyarchie, nämlich die Partizipation und den Wettbewerbsgrad. Die Operationalisierung ist relativ einfach:

- Wettbewerb: Anteil der Wählerstimmen, die nicht auf die grösste Partei entfallen;
- Partizipation: Anteil der Gesamtbevölkerung, die an den Wahlen teilgenommen hat.

Das Konzept von Vanhanen ist rein quantitativ und stützt sich auf Aggregatdaten ab. Das hat den Vorteil der Objektivität und der retrospektiven Rekonstruierbarkeit. Die Indexbildung erfolgt multiplikativ, womit Demokratiedefizite in einer der beiden Dimension korrekterweise einen starken Effekt auf die ermittelte Gesamtleistung des Systems haben. Die Skala reicht von 0 bis 100, wobei 0 = keine Demokratie bedeutet, ein Wert > 5 bereits zu einer Demokratie qualifiziert. Der Maximalwert von 100 ist ein rein theoretischer Wert.

Freiheitsindex von Gastil/Freedom House (1971; 1995/96; 1999/2000)

Der Freedom House-Index basiert auf Vorarbeiten von Raymond Gastil. Er konzentriert sich auf die Schätzung des Standes der politischen Rechte und der Bürgerrechte. Die Skala weist eine Bandbreite von 2 bis 14 Punkten auf, da für jede Dimension 1 bis 7 Punkte vergeben werden und der Index additiv ermittelt wird. Länder mit 2-5 Punkten gelten als „free“, mit 6-10 Punkten als „partly free“ und mit 11-14 Punkte als „not free“. Die Messung der Demokratiequalität erfolgt anhand zweier Checklisten:

- Political Rights Checklist (mit 8 Merkmalen erhoben);
- Civil Rights Checklist (mit 13 Merkmalen erhoben).

¹⁴ Ausführliche Beschreibung und Kommentierung insb. bei Lauth 2004: 227-296.

Die qualitativen Daten werden subjektiv anhand der Checklisten erhoben und erst anschliessend quantifiziert. Genau genommen misst der Freedom-House Index nicht die Demokratie, sondern den Freiheitsgrad einer Gesellschaft.

Demokratie-Index (Polity-Index) von Jagers und Gurr (1974; 1991; 1995; 1998)

Der Polity-Index konzentriert sich auf die Messung von Merkmalen der politischen Institutionen. Der Index setzt sich aus einer Demokratie- und einer Autokratieskala zusammen. Die fünf Variablen sind die folgenden:

- Wettbewerbsgrad der politischen Beteiligung;
- Wettbewerbsgrad der Besetzung politischer Ämter;
- Zugänglichkeit von Regierungsämtern;
- Ausmass an Machtbeschränkung der Exekutive;
- Regulierung politischer Partizipation.

Die Skalenwerte der Demokratie (0 bis 10) und der Autokratie (0 bis -10) werden zum Demokratie-Index addiert, der sich auf einem Kontinuum zwischen -10 und +10 bewegt. Indexwerte von <(-6) zeigen kohärente Autokratien, Werte von >(6) kohärente Demokratien an. Zwischen (-6) und (+6) liegen nicht kohärente Systeme. Die Messung gründet auf qualitativen Daten, die aufgrund detaillierter Beschreibungen der Variablenausprägungen subjektiv codiert werden.

Weitere Indizes

In der Demokratieforschung wurden in den vergangenen Jahrzehnten noch weitere Versuche unternommen, Demokratie zu messen. Man sieht auch diesen Messverfahren die Herkunft an. Bei den meisten Autoren stehen die Grundrechte und das Wahlrecht bzw. der Wahlwettbewerb im Vordergrund – so etwa ausgeprägt bei Coppedge/Reinicke (1991 u.a.), Bollen (1979 u.a.) und Hadenius (1992). Arat (1991) und Beetham (1994) gewichten die Regierungskontrolle stärker, während Saward (1994) neben den Kriterien anderer Indizes noch die Dimension der „Social Rights“ einschliesst.

Tabelle 4: Weitere Demokratiemessungen

Autoren	Kriterien
Coppedge/Reinicke (1991)	Free and fair elections; freedom of organization; freedom of expression; availability of alternative sources of information
Bollen (1979 und 1980)	Political Liberties (press freedom, freedom of group opposition, Government sanctions) und Popular Sovereignty (fairness of elections, executive selection, legislative selection)
Hadenius (1992)	Wahlen (Wahlberechtigte, öffentliche Wahl der Mandatare, open elections, correct/fair elections, effective elections) und Politische Freiheiten (Organisationsfreiheit, Meinungsfreiheit, Gewalt- und Repressionsfreiheit)
Arat 1991	Kontrolle der Regierung durch das Volk (politische Partizipation, Umfang des Wahlrechts, Parteienwettbewerb, Schutz bürgerlicher Freiheiten)
Beetham (1994)	Popular Control und Popular Equality (Electoral Process, open and accountable Government, Civil and Political Rights, Democratic Society)
Saward (1994)	Basic Freedoms, Citizenship and Participation, Administrative Codes, Publicity, Social Rights

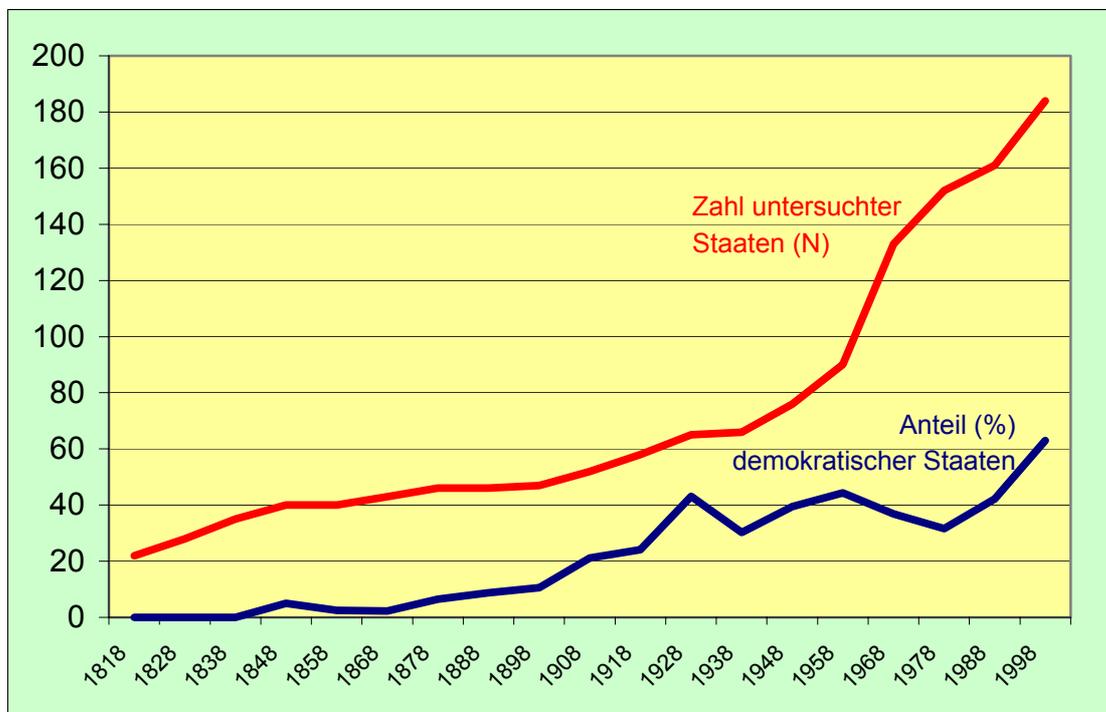
Quelle: Vanhanen 2003 und Lauth 2004.

2.3 Empirische Befunde der Demokratiemessung

Ein Vorteil quantifizierender Messverfahren, die sich auf Aggregatdaten, Statistiken und schriftliche Quellen abstützen, besteht darin, dass sie auch retrospektiv angewendet werden können. Das Wahlrecht, die Wahlbeteiligung, die Zahl von Parteien und ähnliches lässt sich ohne weiteres zurückverfolgen. Das erlaubt einen diachronen Untersuchungsansatz, der über einen punktuellen Querschnitt hinausgeht. Da die Kriterien der Demokratiemessung ausserdem weitgehend länderunspezifisch sind, lassen sich die Messverfahren auch grundsätzlich auf alle Staaten anwenden, auch wenn dies nicht in allen Fällen als sinnvoll erscheinen muss. Jedenfalls steckt in den erwähnten Messverfahren generell die Potenz zu einer komparatistischen Analyse. Ein übereinstimmendes Ergebnis der Demokratiemessung lautet, dass die Demokratie im Verlaufe der letzten beiden Jahrhunderte die dominierende Herrschaftsform geworden ist. Zu

Beginn des 19. Jahrhunderts waren weniger als 5 Prozent der Staaten demokratisch, zur Jahrhundertwende waren es 10 bis 20 Prozent, in der Mitte des 20. Jahrhundert bereits 30 bis 40 Prozent, gegenwärtig sind es über 60 Prozent. Gerade auch mit der sogenannten „Dritten Demokratisierungswelle“ (Huntington 1991) vollzog sich massenhaft der Übergang von diktatorischen oder autokratischen zu demokratischen Herrschaftsformen (vgl. Lauth u.a. 2000: 7).

Abbildung 2: Zahl demokratischer Staaten 1818-1998 (absolute Zahlen und Prozent)



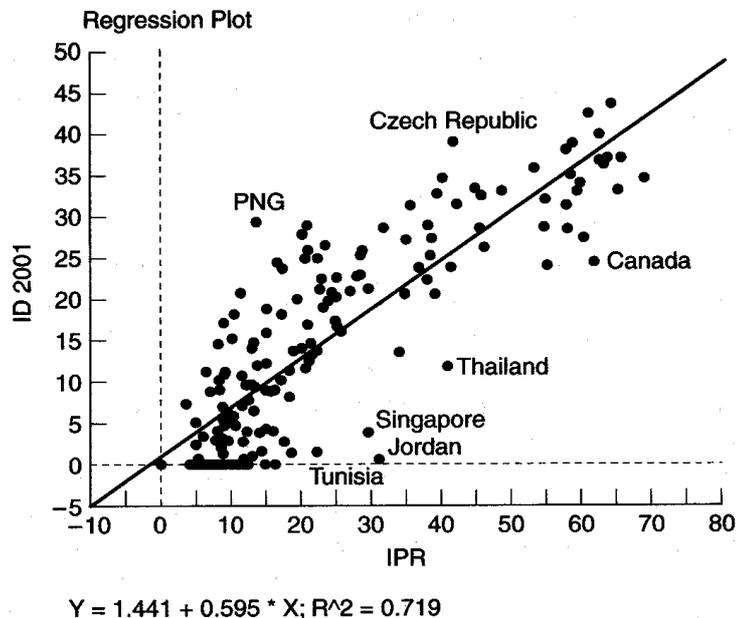
Quelle: Vanhanen 2003/Eigene Darstellung

Erwartungsgemäss sind die Ergebnisse der einzelnen Messungen nicht ganz identisch, da unterschiedliche Kriterien herangezogen wurden. Insgesamt zeigt sich aber dennoch eine weitgehende Übereinstimmung der Befunde. Es ist offenbar so, dass die meisten Indikatoren der Demokratie in den beobachteten Systemen in die gleiche Richtung weisen: Staaten mit gut ausgebauten Grundrechten weisen gleichzeitig eine hohe Meinungs- und Medienvielfalt, einen Parteienwettbewerb und hohe Partizipationsraten auf und umgekehrt. Dies ist zwar nicht generalisierbar – wie die hochdemokratische Schweiz am Beispiel der geringen Wahlbeteiligung demonstriert –, aber doch weitgehend zutreffend. Wer demnach Pluralismus

misst kommt zu annähernd den gleichen Einstufungen wie jemand, der Partizipation oder individuelle Freiheiten misst.

Es gibt aber noch weitere Parallelen. Vanhanen (2003) hat seinen Index of Democratization (ID 2001) und seinen Index of Power Resources (IPR) – ein sozioökonomischer Entwicklungsindex - einer Regressionsanalyse unterzogen. Trotz einer moderaten Streuung ist eine deutliche Annäherung an die Regressionsgerade festzustellen. Das bedeutet, dass sich Demokratie weitgehend parallel zur sozioökonomischen Entwicklung eines Landes bewegt, ohne damit eine Kausalität in die eine oder in die andere Richtung präjudizieren zu wollen.

Abbildung 3: Regressionsanalyse des Index of Democratization (ID 2001) und des Index of Power Resources (IPR)



Quelle: Vanhanen 2003.

Trotz tendenzieller Übereinstimmung der Befunde der Demokratiemessung sind aber auch Unterschiede auszumachen. Anhand der drei weiter oben skizzierten Indizes kann dies illustriert werden. Der Polyarchieindex ist mit seiner dichotomen Ausrichtung ein relativ grobes Instrument. Unter den in der Abbildung aufgeführten Staaten erfüllen sieben Staaten - darunter Russland, die Ukraine und die Türkei - die Qualitätskriterien der Demokratie nicht. Beim Vanhanen Index rangieren diese drei Staaten unter den demokratischen, Russland und die Ukraine sogar mit Werten über denjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika. Beim Freedom House-Index werden diese drei Staaten unter den „teilweise freien“ geführt. Neben der grundlegenden Frage, ob ein Staat als demokratischer Staat angesehen werden kann, zeigen sich auch in der weiteren Rangierung Differenzen zwischen den Indizes. Die Schweiz und die

Vereinigten Staaten von Amerika nehmen im Freedom House-Index unter den angeführten Staaten die Spitzenposition ein. Sie liegen aber im Vanhanen-Index weit abgeschlagen hinter den Spitzenreitern Italien und Belgien, aber auch hinter Österreich, Grossbritannien und Russland.

*Tabelle 5: Bewertung von Staaten mittels verschiedener Demokratie-Indizes (** = nicht demokratisch/nicht frei; * = teilweise frei)*

Vanhanen 1993 (Soll > 5)		Polyarchie 1993 (Soll = 1)		Polity 2002 (Soll = 6-10)		Freedom House 1999 (Soll 2-5)	
Italien	48,3	Italien	1	Italien	10	Italien	3
Belgien	47,1	Belgien	1	Belgien	10	Belgien	3
BRD	37,2	BRD	1	BRD	10	BRD	3
Österreich	35,4	Österreich	1	Österreich	10	Österreich	3
GB	33,6	GB	1	GB	10	GB	3
Russland	27,5	<i>Russland</i>	0 **	Russland	7	<i>Russland</i>	8 *
Schweiz	23,7	Schweiz	1	Schweiz	10	Schweiz	2
Tobago	22,5	Tobago	1	Tobago	10	Tobago	3
Ukraine	21,7	<i>Ukraine</i>	0 **	Ukraine	7	<i>Ukraine</i>	7 *
Liechtenstein	20,9	Liechtenstein	1	Liechtenstein	? ¹⁵	Liechtenstein	2
USA	20,7	USA	1	USA	10	USA	2
Türkei	12,2	<i>Türkei</i>	0 **	Türkei	7	<i>Türkei</i>	9 *
Bolivien	10,5	Bolivien	1	Bolivien	9	Bolivien	4
<i>Ghana</i>	4,6 **	<i>Ghana</i>	0 **	Ghana		<i>Ghana</i>	6 *
<i>Afghanistan</i>	0 **	<i>Afghanistan</i>	0 **	Afghanistan		<i>Afghanistan</i>	14 **
<i>Irak</i>	0 **	<i>Irak</i>	0 **	<i>Irak</i>	- 9	<i>Irak</i>	14 **
<i>Kongo</i>	0 **	<i>Kongo</i>	0 **	<i>Kongo</i>	- 4	<i>Kongo</i>	14 **

Quelle: Vanhanen 2003/Marshall & Jagers 2004¹⁶/ Wert Liechtenstein: Pällinger 2002/Eigene Darstellung.

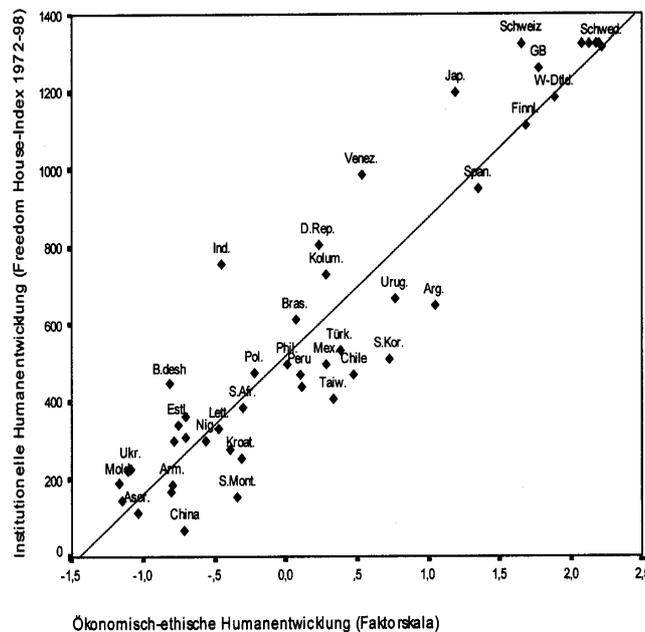
Bei allen Unterschieden überwiegen jedoch die Gemeinsamkeiten der Demokratiemessungen. Eine Übereinstimmung der Messergebnisse beweist jedoch nicht automatisch deren Validität. Die Indizes könnten sich – da sie Indikatoren der gleichen Richtung messen – auch kollektiv täuschen. Die Forschung kennt für diesen Zweck ein weiteres Validierungsinstrument, nämlich

¹⁵ Wert Liechtenstein: nicht im Datensatz enthalten.

¹⁶ Datenbezug vom Centre for International Development and Conflict Management, University of Maryland (<http://www.cidcm.umd.edu/>) (Zugriff Oktober 2004).

die prädiktive oder nomologische Validierung. Bei diesem Verfahren wird die Korrelation zwischen den Demokratieindizes und anderen Merkmalen, die in universellem Zusammenhang mit der Demokratie stehen, geprüft. Welzel (2000) hat in diesem Sinne die Demokratieindizes mit zwei weiteren Dimensionen der Humanentwicklung – nämlich der ökonomischen und der ethischen Subdimension – in Beziehung gesetzt. Ohne hier auf die theoretische Konzeption und praktische rechnerische Durchführung der Messung näher einzugehen kann resümiert werden, dass alle drei Subdimensionen stark korreliert sind. Unter den bekannten Demokratie-Indizes weist dabei der Freedom House-Index die stärksten Korrelationswerte auf. Dieser Index – bekanntlich eine additive Kombination von politischen und bürgerlichen Rechten – kann auch in seinen beiden Unterdimensionen validiert werden. Dabei zeigt sich, dass die Dimension der bürgerlichen Rechte den grösseren Ausschlag gibt. Zur weiteren Optimierung des Index schlägt Welzel zudem vor, vom additiven auf das multiplikative Verfahren zu wechseln. Defizite in einzelnen Aspekten können dann nicht durch hohe Werte in anderen Aspekten kompensiert werden. Ferner würde eine Quadrierung der Werte nach Welzel noch stringenter mit der Realität korrespondieren, da Verbesserungen auf hohem Niveau der Freiheitsgrade schwieriger zu erzielen sind als auf tieferem Niveau. In Abb. 9 sind die ökonomische und ethische Subdimensionen der Humanentwicklung bereits faktoranalytisch zur Dimension der ökonomisch-ethischen Humanentwicklung zusammengefasst. Es zeigt sich eine deutliche Korrelation mit der institutionellen Humanentwicklung, dargestellt am Freedom House-Index.

Abbildung 4: Ökonomisch-ethische und institutionelle Humanentwicklung



Quelle: Welzel 2000: 153.

4 Demokratietypen und Affinität zu Demokratietheorien

Die bisher gestreiften Themen - Definition von Demokratie, normativ-ideologische Vorgaben, empirisch-realistische Forschungsperspektiven und Forschungsbefunde, Identifikation von Demokratiestandards und Messung von Demokratie - bringen uns zur praktischen Frage, wie denn nun Demokratie idealerweise organisiert und praktiziert wird. Es besteht kein Zweifel darüber, dass es diesbezüglich viele empirisch nachweisbare und unterscheidbare Formen gibt. Es genügt bereits der Hinweis, dass in der Demokratieforschung über 100 Staaten als demokratisch eingestuft werden, welche sich hinsichtlich ihrer Geschichte, der geografischen Lage, der politischen Kultur, der Kompetenzen der Staatsorgane, der Parteienvielfalt, der öffentlichen Kommunikation, der politischen Partizipation, dem Wahlrecht usw. krass unterscheiden können. Es wird daher nicht erstaunen, dass auch bei dieser Frage wieder der einschränkende Hinweis angebracht werden muss, dass die Frage nach der idealen Form der Demokratie bis zu einem gewissen Grad in Abhängigkeit von den demokratietheoretischen Prämissen einerseits, aber auch von den situativen, historischen, kulturellen, ökonomischen und sozialen Bedingungen steht. Die in der Demokratiediskussion und den dabei erfolgten Klassifizierungen und Typologisierungen von Demokratie festgestellten Gegensatzpaare von Demokratie sollen nun andeutungsweise im Lichte der demokratietheoretischen Positionen reflektiert werden, um Differenzen offen zu legen und ein wertfreies Urteil zu erleichtern.

2.4 Demokratietypen

Wenn in den folgenden Abschnitten Demokratietypen in dichotomen Gegensatzpaaren vorgestellt werden, wird dies mit Blick auf die in der Politikwissenschaft unternommenen Versuche von Typologisierungen gemacht.¹⁷ Das soll aber nicht dazu verleiten, diese auf zwei Merkmalsausprägungen reduzierten Typologien unkritisch als taugliche Verfahren zur Einordnung von Demokratien zu akzeptieren. Denn einerseits treten politische Systeme selten in den Reinformen der Typologien auf. Andererseits sagen solche isolierten Merkmale für sich genommen noch zu wenig über ein empirisch vorgefundenes politisches System aus. Sie haben aufgrund der Komplexitätsreduktion meist nur geringe Erklärungskraft, da in den entsprechenden Segmenten eine zu grosse Heterogenität herrscht. Erst Merkmalskombinationen und weitere Kenntnisse zum sozioökonomischen, historischen und kulturellen Hintergrund erlauben mitunter eine überzeugendere Typologisierung. Die Schwierigkeit der komparatistisch orientierten Demokratieforschung besteht nun genau darin, dass eine solche Komplexitätserhöhung zu einer Merkmalsvielfalt führen kann, die letztlich in der qualitativen Deskription des Einzelfalls endet. Die Justierung des Typologierungsmodelles an der empirischen Realität hebt somit latent die Typologisierungsfähigkeit auf.

¹⁷ Vgl. etwa Croissant 2002.

Da sich unser Interesse hier nicht primär auf die konsistente Typologisierung von Demokratien richtet, sondern auf die Verknüpfung mit Demokratietheorien, können wir über diese Schwierigkeiten hinwegsehen. Die dichotomen Typologien, wie sie im nachfolgenden kurz skizziert werden, können der Anschauung durchaus dienlich sein.

2.4.1 Parlamentarische und Präsidentielle Demokratie¹⁸

Eine grundlegende Unterscheidung der Formen von Demokratie liegt im Verfahren der Regierungsbestellung. Die parlamentarische Demokratie – als klassische Variante gilt dabei das britische Westminster-Modell – kennt als Kernelement die starke Rolle des Parlamentes als gewählte repräsentative Körperschaft des Volkes (Volksvertretung). Die Regierung wird nicht direkt vom Volk, sondern von dessen Vertretern, den Abgeordneten gewählt. Die Regierung steht damit in direkter Abhängigkeit und Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament. Die Idee des „responsible government“ der traditionell-liberalen Demokratietheorie kommt darin deutlich zum Ausdruck. Das Modell der parlamentarischen Demokratie ist in Variationen in vielen weiteren Staaten verbreitet, so etwa auch in Deutschland und Österreich.

Das präsidientielle System kennt dagegen als Wesensmerkmal die Direktwahl des Staatsoberhauptes mit Regierungsfunktionen. Zu den präsidientialen Demokratien zählen beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland. Die legislativen Körperschaften – in den USA der Senat und das Repräsentantenhaus – sind in der Gesetzgebung beteiligt, die Exekutive agiert institutionell klar getrennt von der Legislative. Dem damit verbundenen Vorteil einer mit direkter Legitimation ausgestatteten Machtkonzentration bei der Exekutive mit Perspektive auf effiziente Regierungstätigkeit steht als Nachteil mitunter die fehlende Unterstützung des Parlaments gegenüber – insbesondere wenn die Mehrheit des Parlaments der Opposition angehört –, sowie die Gefahr der Intransparenz und des Missbrauchs der Macht.

Neben diesen idealtypisch skizzierten Regierungssystemen existieren auch Mischformen. Die in der Literatur am prominentesten vertretene Mischform ist das französische Modell, das gemeinhin als semi-präsidientielles System bezeichnet wird. Uneinigkeit herrscht in der Einschätzung der Schweiz, die sowohl parlamentarische wie auch präsidientielle Züge aufweist.

2.4.2 Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie¹⁹

In der Konkurrenzdemokratie – auch hier das Westminstermodell als Urform der Konkurrenzdemokratie – entscheiden die Mehrheitsverhältnisse bei Parlamentswahlen über die Zusammensetzung der Exekutive. Die Minderheit nimmt oppositionelle Aufgaben wahr. Dem gegenüber pflegt das Modell der Konkordanzdemokratie den Einbezug möglichst vieler

¹⁸ Vgl. Lijphart 1992; Ismayr 1997; Hartmann 2000. Eine differenziertere Typologie bei Shugart/Carey 1992.

¹⁹ Vgl. Lehner 1986; Riklin 2000; Vatter 1997. Zum Fall Liechtenstein bei Hoch 1989; Michalsky 1991.

relevanter gesellschaftlicher Kreise sowie - auf institutioneller Ebene - die Integration der wichtigsten Parteien in die Regierungstätigkeit. Die Konkordanzdemokratie zeigt sich ausgeprägt in der Schweiz, je nach Koalitionsbildungen auch in Österreich und weiteren Kleinstaaten. In Liechtenstein wurde die Konkordanzdemokratie 1938 nach dem Wechsel vom Majorz- auf das Proporzsystem und der Bildung einer grossen Koalition bis zum Bruch der Koalition 1997 – bis 1993 sogar als Allparteienregierung – gepflegt. Seit 1997 wechseln sich Einparteienregierungen ab, womit auch der politische Wettbewerb in eine neue Phase getreten ist. Konkurrenzdemokratische Aspekte haben sich damit stärker bemerkbar gemacht.

2.4.3 Konsens- und Mehrheitsdemokratie²⁰

Die Konsensdemokratie ist mit der Konkordanzdemokratie verwandt. In diesem Typus wird nach Lösungen gesucht, die eine möglichst breite Unterstützung bei den relevanten Kräften erfährt. Es wird dabei mitunter auf die Effizienz verzichtet. Die Konsensdemokratie zeigt auf der Seite der Herrschaftsträger eine starke Machthemmung, die im Falle sogenannter Veto-Player – also Akteuren mit Verhinderungsmacht – zusätzlich untermauert wird. Die Konsensdemokratie zeichnet sich in der Tendenz durch Koalitionsregierungen, Machtbalance zwischen Regierung und Parlament, Vielparteiensystem, Verhältniswahlrecht, föderalistische Strukturen, ein Zweikammersystem, starre Verfassungsordnung mit Verfassungsgerichtsbarkeit und Unabhängigkeit der Notenbank aus. Demgegenüber reicht in einer Mehrheitsdemokratie eine selbst knappe Mehrheit aus, um politisch verbindliche Entscheidungen zu treffen. Kennzeichen der Mehrheitsdemokratie ist die Konzentration der der Exekutivgewalt bei der Regierung, bevorzugt in einer Einparteien-Regierung nach dem britischen Westministermodell. Weitere Merkmale sind in der Tendenz die Dominanz der Regierung über das Parlament, ein Zweiparteiensystem, Mehrheitswahlrecht, zentralistische Staatsmacht, Einkammer-System, flexible Verfassung ohne Gesetzesprüfung durch ein Gericht und geringe Unabhängigkeit der Notenbank.²¹ Die politische Kultur dieser beiden Modelle zeigt also starke Unterschiede. Demokratietheoretisch steht die Idee der Konsensdemokratie in der Nähe zu partizipatorischen und deliberativen Konzepten, während die Mehrheitsdemokratie den elitistischen, pluralistischen und traditionell-liberalen Modellen nahesteht.

2.4.4 Zentralistische und föderalistische Demokratie²²

Zentralistische Demokratien zeichnen sich durch die Konzentration der Staatsmacht auf zentrale staatliche Organe aus. Die föderalistische Demokratie dagegen verlagert Teile von Macht und Kompetenzen auf politische Unterebenen des Staates. Typisch ist etwa das Schweizer Modell mit kantonalen Hoheitsrechten, kantonaler Vertretung in der zweiten Parlamentskammer (Ständerat) und dem kantonalen Mehrheitserfordernis bei verfassungsändernden

²⁰ Vgl. insbesondere Lijphart 1984 und 1999; Sartori 1984; Vatter 1997.

²¹ Lijphart 1999.

²² Vgl. Linder 1999; Ismayr 2003.

Volksabstimmungen (Ständemehr). Förderale Strukturen weist auch Deutschland mit den Kompetenzen der Bundesländer, die auch in der zweiten Parlamentskammer (Bundesrat) auf zentraler Ebene mitbestimmen können, oder in ähnlicher Weise auch Österreich auf.

Zentralistische Konzepte – in ausgeprägter Form beispielsweise in Frankreich und generell eher in präsidentiellen Regierungssystemen – können sich durch effiziente Entscheidungswege und schlagkräftige Politik auszeichnen. Demgegenüber sorgen föderalistische Konzepte für eine stärkere Berücksichtigung von Teilinteressen und evozieren ein konsens- oder konkordanzdemokratisches System. Die Effizienz wird auch hier zugunsten eines breiten Konsenses und der direkteren Legitimation von Entscheidungen geopfert. Auf lange Sicht kann dieses System aber durchaus effektiver sein als ein System mit periodischen Richtungswechseln und Kehrtwendungen.

2.4.5 Repräsentative und Direkte Demokratie²³

In der repräsentativen Demokratie wird der Wahlakt zu einem herausragenden Akt der politischen Partizipation, bei welchem die Volksvertreter als Stellvertreter des Volkes mit Macht auf Zeit ausgestattet werden. Die Politik bis hin zur öffentliche Diskussion wird im Wesentlichen von den Repräsentativorganen geprägt und gestaltet. Dieses Modell entspricht dem klassischen traditionell-liberalen Demokratiemodell, das auch in den elitistischen und pluralistischen Demokratietheorien weiterlebt. Demgegenüber schwächt ein System mit direktdemokratischen Volksrechten die Bedeutung von Wahlen ab, da das Volk auch zwischen den Wahlterminen die Möglichkeit bekommt, verbindlich in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen. Es ist offensichtlich, dass dieses Modell den partizipatorischen Demokratietheorien nahesteht.

2.5 Affinität zwischen Demokratietypen und Demokratietheorien

Abschliessend soll der Versuch unternommen werden, Affinitäten zwischen den weiter oben dargestellten Demokratietheorien und den Erscheinungsformen der Demokratie auf der Basis der im letzten Abschnitt aufgeführten Gegensatzpaare von Demokratietypen aufzudecken. Es kann sich dabei nur um eine äusserst verkürzte und provisorische Übersicht handeln. Das in Tabelle 9 vorgestellte Ergebnis weist einige Auffälligkeiten auf. Zunächst ist festzuhalten, dass für die komplexe Demokratietheorie, die Systemtheorie und die performanzorientierte Demokratietheorie keine klare Präferenz für einen Demokratietypus festzumachen ist. Sie weisen eine prinzipielle Systemoffenheit auf. Der Grund liegt darin, dass sich in diesen Theorien der Wert der Demokratie nicht in spezifischen institutionellen Arrangements zeigt.

²³ Vgl. Rüter 1996. Zur Direkten Demokratie aus der Vielzahl an Publikationen einige Übersichtsdarstellungen, insbesondere Luthardt (1994); Schiller (2002); Kirchgässner u.a. 1999; Möckli 1994.

Die repräsentativen vs. direktdemokratischen Modelle scheinen am meisten zu polarisieren. Die repräsentative Demokratie wird bevorzugt oder dient als Vorbild für die traditionell-liberale, die elitistische und tendenziell die ökonomische Demokratietheorie, wobei jeweils unterschiedliche Begründungen vorliegen. Die partizipatorische, in letzter Konsequenz auch die sozialistische und die deliberative Demokratietheorie weisen dagegen stärkere Affinität zur Direkten Demokratie auf.

Tabelle 6: Demokratietypen und Nähe zu Demokratietheorien

Demokratietheorie	Systemnähe
traditionell-liberale	eher Konkurrenz- und Mehrheitsdemokratie, repräsentativ
elitistisch	eher repräsentativ
ökonomisch	offen
pluralistisch	offen
sozialistisch	eher zentralistisch, direktdemokratisch (phasenabhängig)
partizipatorisch	eher Konkordanz, Konsens, föderalistisch, direktdemokratisch
deliberativ	eher Konkordanz, Konsens
komplex	offen
systemtheoretisch	offen
performanzorientiert	offen

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der komplexen Demokratietheorie, der Systemtheorie und der performanzorientierten Demokratietheorie ist wie erwähnt offenkundig, dass die dargestellten, insitutionell ausgerichteten Gegensatzpaare nicht für die Zuordnung taugen. Die Gegensatzpaare für diese Demokratietheorien müssten einer anderen Logik. Im Falle der Sytemtheorie könnte dies beispielsweise das Gegensatzpaar von funktionierenden und nicht bzw. unzulänglich funktionierenden Demokratien sein. Dabei wären die Begriffe zu definieren und geeignete Operationalisierungen zu suchen, wie etwa die Systemzufriedenheit der Bevölkerung, Systemblockaden, Konflikthaftigkeit von Auseinandersetzungen, Systembewährung in Krisenzeiten usw. Im Falle der performanzorientierten Demokratietheorien könnte das Gegensatzpaar nach den Attributen „leistungsfähig“ und „nicht leistungsfähig“ konstruiert werden. Die Operationalisierung wäre je nach Begriffsverständnis der Performanz enger zu fassen (ökonomische Entwicklung und Wohlstand, Effizienz und Effektivität u.a.), oder breiter

(materielle und immaterielle Bedürfnisabdeckung).²⁴ Im Falle der komplexen Demokratietheorie müssten die Dimensionen der menschlichen Selbstentfaltung etwa im Gegensatzpaar von „selbstbestimmt“ und „fremdbestimmt“ aufscheinen. Die Operationalisierung könnte mit Indikatoren wie der politischen Partizipation, dem Einfluss von Wahlen auf politische Entscheidungen, dem Grad von Autonomie in allen gesellschaftlichen Bereichen u.ä. erfolgen.

5 Schluss

Die Demokratieforschung steht nicht am Anfang und auch noch nicht am Ende. Nicht nur der sich dauernd verändernde empirische Untersuchungsgegenstand „Demokratie“ stellt die Forschung vor immer neue Fragestellungen und Herausforderungen, sondern auch die hochkomplexe Verknüpfung von Demokratietheorien mit empirischer Demokratieforschung und Demokratiemessung sowie die zusätzliche Verknüpfung mit institutionellen Arrangements der Demokratie. Der kurze Streifzug durch die modernen Demokratietheorien hat ein weites Feld an Forschungsperspektiven, Konzeptualisierungen und empirischen Befunden zur Demokratie zutage gefördert. Es wurde aufgezeigt, wie die Politikwissenschaft Theorien und Systemausprägungen klassifikatorisch und typologisch zu ordnen versucht. Dabei wurden auch Grenzen und Lücken sichtbar. In den weiteren Vortragsabenden der Reihe „Herausforderung Demokratie“ am Liechtenstein-Institut werden weitere demokratietheoretisch relevante Fragen gestreift. Es wird zahlreiche Anknüpfungspunkte zu den in diesem ersten Teil gemachten Ausführungen geben.

²⁴ Vgl. dazu den Beitrag von Pällinger im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Herausforderung Demokratie“. Pällinger (i.Ersch.).

6 Literatur

- Abromeit, Heidrun (2001). *Ein Mass für Demokratie. Europäische Demokratien im Vergleich*. Wien. Institut für Höhere Studien (IHS), Reihe Politikwissenschaft 76.
- Alemann, Ulrich v./Heinze, Rolf G. (Hrsg.) (1981). *Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente*. Opladen. Westdeutscher Verlag.
- Almond, Gabriel A./Powell G. Bingham (1966). *Comparative Politics. A Developmental Approach*. Boston.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sydney (1989). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park/London/New Delhi. Sage Publications.
- Almond, Gabriel/Strom, Kaare/Dalton, Russell J. (2000). *Comparative Politics Today. A World View*. New York.
- Arat, Zehra F. (1991). *Democracy and Human Rights in Developing Countries*. Boulder/London. Rienner.
- Armingeon, Klaus/Freitag, Markus (1997). *Deutschland, Österreich und die Schweiz. Die politischen Systeme im Vergleich*. Opladen. Leske + Budrich.
- Bachrach, Peter (1967). *Die Theorie der demokratischen Elitenherrschaft*. Frankfurt/Main. Europäische Verlagsanstalt.
- Barber, Benjamin (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg. Rotbuch.
- Beetham, David (1994). *Defining and Measuring Democracy*. London. Sage Publ.
- Berg-Schlosser, Dirk (2000). *Messungen und Indices von Demokratie: Leistungsfähigkeit, Kritikpunkte, Probleme*, in: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befund ein internationalen Vergleich*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. S. 288-310.
- Beyme, Klaus v. (1997). *Funktionenwandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenpartei zur Partei der Berufspolitiker*, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn. S. 359-383.
- Beyme, Klaus v. (2000). *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag.
- Bollen, Kenneth (1993). *Liberal Democracy. Validity and Method Factors in Cross-National Measures*, in: *American Journal of Political Science* 37. S. 1207-1230.
- Coppedge, Michael/Reinicke, Wolfgang H. (1991). *Measuring Polyarchy*, in: Inkeles, Alex (Hrsg.): *On Measuring Democracy. Its Consequences and Concomitants*. New Brunswick/London. S. 47-68.
- Croissant, Axel (2002). *Regierungssysteme und Demokratietypen*, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag.
- Dahl, Robert A. (1994). *A Democratic Dilemma. System Effectiveness versus Citizen Participation*, in: *Political Science Quarterly*, Vol 109 No. 1. S. 23-34.
- Dahl, Robert A. (1998). *On Democracy*. New Haven/London. Yale University Press.
- Downs, Anthony (1968). *An Economic Theory of Democracy*. New York. Harper and Row.

- Etzioni, Amitai (1995). *New Communitarian Thinking: Persons, Virtues, Institutions, and Communities*. University of Virginia Press.
- Etzioni, Amitai (1995). *The Essential Communitarian Reader*. Lanham, Boulder. Rowman & Littlefield Publ.
- Fishkin, James S. (1991). *Democracy and Deliberation. New Directions for Democratic Reform*. New Haven/London.
- Fishkin, James S. (1997). *The Voice of the People. Public Opinion & Democracy*. New Haven/London.
- Fuchs, Dieter (2000). *Typen und Indizes demokratischer Regime. Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes*, in: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. S. 27-48.
- Gaber, Rusanne (2000). *Demokratie in quantitativen Indizes: Ein mehr- oder eindimensionales Phänomen?*, in: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. S. 112-131.
- Gabriel, Oscar/Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1997; 2. Aufl. 2002). *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen. Westdeutscher Verlag.
- Gallagher, Michael/Laver, Michael/Mair, Peter (1995). *Representative Government in Modern Europe*. New York u.a. McGraw Hill.
- Gastil, John (2000) *By Popular Demand. Revitalizing Representative Democracy through Deliberative Elections*. University of California Press.
- Gastil, Raymond D. (Hrsg.) (1988). *Freedom in the World. Political Rights and Civil Liberties 1987-1988*
- Giddens, Anthony (2000). *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*. Oxford Blackwell.
- Giddens, Anthony (2002). *Runaway World. How Globalization ist Reshaping Our Lives*. London. Routledge.
- Guggenberger, Bernd (1991). *Demokratie/Demokratietheorie*, in : Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. München/Zürich. Piper. S. 70-80.
- Habermas, Jürgen (2001). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Mit e. Vorw. zur Neuaufl. 1990. Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- Hadenius, Axel (1992). *Democracy and Development*. Cambridge. Cambridge University Press.
- Hartmann, Jürgen (2000). *Westliche Regierungssysteme. Parlamentarismus, präsidiales und semi-präsidiales Regierungssystem*. Opladen. Leske + Budrich.
- Held, David (1987). *Models of Democracy*. Cambridge. Cambridge University Press.
- Hennis, Wilhelm (1998). *Auf dem Weg in den Parteienstaat*. Aufsätze aus vier Jahrzehnten. Stuttgart. Reclam.
- Hirst, Paul Q. (2001). *Associative Democracy. The real Third Way*. London. Cass.
- Hirst, Paul/Wright, Anthony (1996). *Reinventing Democracy*. Oxford. Blackwell.
- Hoch, Hilmar (1989). *Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie in Bezug auf Liechtenstein*, in: LJZ Liechtensteinische Juristenzeitung, Heft 3, Oktober 1989. S. 77-80.
- Huntington, Samuel P. (1991). *The Third Wave of Democratization: Democratization in The Late Twentieth Century*. Norman. University of Oklahoma Press.
- Ismayr, Wolfgang (1997/2003³). *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen. Leske + Budrich.

- Jagers, Keith/Gurr, Robert T. (1995). *Transitions to Democracy: Tracking the Third Wave with Polity-III-Indicators of Democracy and Authority*, in: Journal of Peace Research 32/4. S. 469-482.
- Kirchgässner, Gebhard/Feld, Lars/Savioz, Marcel R. (1999). *Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. Basel/Genf/München. Helbing & Lichtenhahn/Verlag Franz Vahlen.
- Ladner, Andreas/Brändle, Michael (2002). *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?*. Zürich. Seismo.
- Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (2000). *Grundfragen, Probleme und Perspektiven der Demokratiemessung*, in: dslb. (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. S. 7-26.
- Lauth, Hans-Joachim (2004). *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden. Verlag für Sozialwissenschaften.
- LeDuc, Lawrence/Niemi, Richard G./Norris, Pippa (Hrsg.) (1996). *Comparing Democracies. Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks u.a. Sage Publications.
- Lehner, Franz (1986). *Konkurrenz, Korporatismus und Konkordanz - Politische Vermittlungsstrukturen und wirtschaftspolitische Steuerungskapazität in modernen Demokratien*, in: Kaase, Max (Hrsg.): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. S. 146-171.
- Lijphart, Arend (1984). *Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven. Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1992). *Parliamentary versus Presidential Government*. Oxford. Oxford University Press.
- Lijphart, Arend (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in thirty-six Countries*. New Haven. Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1994). *Electoral Systems and Party Systems. A Study of Twenty-Seven Democracies 1945-1990*. New York. Oxford University Press.
- Linder, Wolf (1999). *Schweizerische Demokratie - Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern. Haupt.
- Luhmann, Niklas (1975). *Legitimation durch Verfahren*. Neuwied/Berlin. Luchterhand.
- Luthardt Wolfgang (1994). *Direkte Demokratie. Ein Vergleich in Westeuropa*. Baden-Baden. Nomos.
- Macpherson, Crawford B. (1967). *Drei Formen der Demokratie*. Frankfurt am Main. Europäische Verlagsanstalt.
- Macpherson, Crawford B. (1977). *Demokratiethorie. Beiträge zu ihrer Erneuerung*. München. Beck.
- Macpherson, Crawford B. (1983). *Nachruf auf die liberale Demokratie*. Frankfurt.Suhrkamp.
- Marcinkowski, Frank (2004). *Deliberation, Medienöffentlichkeit und direktdemokratischer Verfassungsentscheid - Der Fall Liechtenstein*. Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 21/2004. Barend.
- Marxer, Wilfried (2000). *Wahlverhalten und Wahlmotive im Fürstentum Liechtenstein*. Vaduz. Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Marxer, Wilfried (2004). „Wir sind das Volk“ – *Direkte Demokratie – Verfahren, Verbreitung, Wirkung*. Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 24. Barend.
- Matt, Michael (1999). *Korporatismus im Kleinstaat. Arbeitsbeziehungen im Fürstentum Liechtenstein*. Lizentiatsarbeit am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Bern. Bern. Typoskript.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2002). *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*. Opladen. Leske+Budrich.

- Michalsky, Helga (1991). *Liechtenstein: Konkordanzdemokratie und Parteienwettbewerb*, in: Michalsky, Helga (Hrsg.): *Politischer Wandel in konkordanzdemokratischen Systemen*. Vaduz. Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft. S. 133-157.
- Nohlen, Dieter (1990/2000). *Wahlrecht und Parteiensystem. Über die politischen Auswirkungen von Wahlsystemen*. Opladen. Leske + Budrich.
- Pállinger, Zoltán Tibor (2002). *Ist Tobago demokratischer als Liechtenstein?* Vortrag an der Veranstaltungsreihe „Politikwissenschaft für Liechtenstein – fünf Forschungsperspektiven“ (29.10-26.11.2002). BERN. Unveröff. Typoskript.
- Pállinger, Zoltán Tibor (i.Ersch.). *Problemlöser oder Problemerzeuger – Über die Leistungsfähigkeit politischer Systeme*. Beiträge Liechtenstein-Institut.
- Pállinger, Zoltán Tibor (i.Ersch.). *Herausgeforderte Demokratie – Zuunfts- oder Auslaufmodell*. Beiträge Liechtenstein-Institut.
- Pelinka, Anton (1991). *Demokratiethorie*, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Politik-Lexikon*. München/Wien. Oldenbourg. S. 108-110.
- Pickel, Gert (2000). *Subjektive und objektive Indikatoren der Demokratiemessung im Vergleich - Grundlegende Unterschiede oder gleiche Ergebnisse?*, in: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. S. 242-265.
- Riklin, Alois (2000). *Konkordanz, Koalition oder Konkurrenz?* St. Gallen. Institut für Politikwissenschaft.
- Rüther, Günther (Hrsg.) (1996). *Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie - eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven*. Baden-Baden. Nomos.
- Sartori, Giovanni (1984). *Selbstzerstörung der Demokratie? Mehrheitsentscheidungen und Entscheidungen von Gremien*, in: Guggenberger B./Offe C. (Hrsg.): *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*. Opladen. Westdeutscher Verlag. S. 83-107.
- Sartori, Giovanni (1992) *Demokratiethorien*. Darmstadt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Saward, Michael (1994). *Democratic Theory and Indices of Democratization*, in: Beetham, David (Hrsg.): *Defining and Measuring Democracy*. London. Sage Publ. S. 6-24.
- Scharpf, Fritz W. (1975). *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*. Kronberg/Ts. Scriptor.
- Schiller, Theo (1999). *Prinzipien und Qualifikierungskriterien von Demokratie*, in: Berg-Schlosser, Dirk/Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.): *Perspektiven der Demokratie. Probleme und Chancen im Zeitalter der Globalisierung*. Frankfurt/New York. Campus. S. 28-56.
- Schiller, Theo (2002). *Direkte Demokratie. Eine Einführung*. Frankfurt/New York. Campus.
- Schmidt, Manfred (1997). *Komplexität und Demokratie. Ergebnisse älterer und neuerer Debatten*, in: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*. Baden-Baden. Nomos.
- Schmidt, Manfred (2000). *Demokratiethorien – Eine Einführung*. Opladen. Leske + Budrich.
- Shugart, Matthew Soberg/Carey, John M. (1992). *Presidents and Assemblies: Constitutional Design and Electoral Dynamics*. Cambridge. Cambridge University Press.
- Stöss, Richard (1997). *Parteienstaat oder Parteiendemokratie*, in: Gabriel, Osacr W./Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen. Westdeutscher Verlag. S. 13-36.

- Vanhanen, Tatu (2003). *Democratization - A comparative analysis of 170 countries*. London. Routledge.
- Vatter, Adrian (1997). *Die Wechselbeziehungen von Konkordanz- und Direktdemokratie*, in: Politische Vierteljahresschrift 38. S. 743-770.
- Vatter, Adrian (2002). *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehung, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen. Leske + Budrich.
- Waschkuhn, Arno (1994). *Politisches System Liechtensteins: Kontinuität und Wandel*. Vaduz. Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Welzel, Christian (2000). *Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index erfasst die "humane" Dimension der Demokratie am besten?*, in: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. S. 132-162.
- Westle, Bettina (1989). *Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Schriftenreihe zur gesellschaftlichen Entwicklung; Bd.3. Baden-Baden. Nomos.

* * * * *